

dist[ex] Fokus 2025

Bedarfe und Perspektiven der Distanzierungs- und
Ausstiegsarbeit

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Eröffnung	5
Von Bedarfen zu Perspektiven: Ergebnisse der Bedarfserhebung von dist[ex] für Beratungsstellen der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit	7
1. Einleitung	7
2. Vorgehen und Teilnehmende der Bedarfserhebung	8
3. Strukturentwicklung im dist[ex]-Verbund: Ausrichtung, Vernetzung, Partizipation	11
4. Impulse und Transfer: Thematische Leerstellen und Fortbildungsbedarfe	19
5. Qualitätssicherung: Wie kann dist[ex] die Praxis der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit nachhaltig stärken?	21
6. Abschließende Betrachtung	26
Immer jünger, immer früher? – Soziale Medien, frühe Ideologisierung und neue Anforderungen an die zivilgesellschaftliche Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit	28
1. Abstract	28
2. Hintergrund & Gesellschaftspolitischer Kontext	29
3. Zugänge, Erwartungen und Zuständigkeiten: Zwischen Einzelfallhilfe und struktureller Überlastung	30
4. Digitale Lebenswelten und ideologische Elemente	32
5. Methodische Herausforderungen und pädagogische Konzeptionen im Wandel	34
6. Sehr junge Zielgruppen als neue Herausforderungen in der zivilgesellschaftlichen Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit	35
7. Dringender Handlungsbedarf: Konkrete Empfehlungen und Forderungen	37
8. Fazit	39
Literaturverzeichnis	40
Leerstelle (R)Age? Radikalisierung in der zweiten Lebenshälfte als Herausforderung für die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit	44
1. Abstract	44
2. Radikalisierung – ein „Jugendproblem“?	45
3. Radikalisierung in der zweiten Lebenshälfte	46
4. Die ältere Zielgruppe als neue Herausforderung für die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit	49

5. Was jetzt getan werden muss - Forderungen an die Politik	51
6. Fazit.....	52
Literaturverzeichnis	54
Zwischen Haft und Rückkehr – Politische Optionen im Umgang mit inhaftierten /S-Anhängern aus Deutschland.....	57
1. Abstract	57
2. Deradikalisierung und Reintegration über bewährte, handlungsfähige Netzwerke.....	59
3. Politische Empfehlungen.....	60
4. Rückholungen.....	61
5. Fazit.....	65
Literaturverzeichnis	66
Sicherheit und Distanzierung durch Kooperation: Perspektiven auf das deutsche Erfolgsmodell der Extremismusprävention	69
1. Abstract	69
2. Aktuelle Entwicklungen und Zahlen	70
3. Tertiärprävention in Deutschland	72
4. Gelingensbedingungen einer funktionierenden Zusammenarbeit	77
5. Multi-Agency Ansätze als Erfolgsstrategie.....	77
6. Fazit.....	78
Literaturverzeichnis	80
Abschluss	83
Impressum.....	84

Vorwort

Extremismusprävention ist eine Daueraufgabe – und eine der zentralen Säulen für die Stabilität unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie ist weder spektakulär noch laut, aber sie wirkt: tagtäglich, in Jugendzentren, Justizvollzugsanstalten, Schulen, Moscheegemeinden oder Online-Foren. Präventionsanbieter in ganz Deutschland leisten dort eine Arbeit, die konkret und unverzichtbar ist – weil sie Menschen erreichen, bevor es zu spät ist, und weil sie Brücken bauen, wo andere längst Grenzen ziehen. Sie tragen damit unmittelbar zur Sicherheit und zum sozialen Zusammenhalt unseres Landes bei.

Diese Publikation versammelt Policy Papers, die sich einer gemeinsamen Frage widmen: Wie wichtig sind phänomenübergreifendes Arbeiten und phänomenübergreifende Strukturen in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit? Die Antworten fallen vielfältig aus – so unterschiedlich wie die Erfahrungen der Träger selbst. Sie reichen von der komplexen Frage der Rückholung deutscher IS-Gefangener aus Syrien über die Kooperation mit Sicherheitsbehörden bis hin zu bislang wenig beachteten Phänomenen wie der Radikalisierung älterer Menschen. Und natürlich bleibt auch der Rechtsextremismus, stets eine große Bedrohung für die innere Sicherheit, ein zentrales Thema.

Alle Beiträge zeigen, dass Extremismusprävention in Deutschland längst keine Nischenaufgabe mehr ist, sondern integraler Bestandteil einer modernen Sicherheitsarchitektur. Dabei hat sich hierzulande ein Modell entwickelt, das – trotz gelegentlicher Kritik – international als beispielhaft gilt: dezentral organisiert, zivilgesellschaftlich getragen, wissenschaftlich fundiert und doch eng mit den staatlichen Akteuren vernetzt. Dass dieses „deutsche Modell“ mittlerweile auch in andere Länder exportiert wird, etwa durch die Arbeit des VPN, ist nicht nur Anerkennung, sondern auch Verpflichtung, diese Stärke weiter auszubauen.

Denn Extremismus ist wandelbar. Ideologische Grenzen verschwimmen, alte Milieus lösen sich auf, neue entstehen. Wer Menschen wirksam beim Ausstieg oder der Distanzierung unterstützen will, muss deshalb immer am Puls der Zeit bleiben – analytisch, methodisch und praktisch. Die Beiträge dieser Publikation

leisten genau das: Sie bündeln Erfahrungen, reflektieren Herausforderungen und zeigen Wege auf, wie Prävention phänomenübergreifend und zukunftsfähig gestaltet werden kann.

Damit setzen die beteiligten Träger ein starkes Zeichen: für Zusammenarbeit statt Abschottung, für Lernen statt Stillstand – und für eine Demokratie, die sich selbst schützt, indem sie ihre offenen, menschlichen und rationalen Seiten stärkt.

Professor Peter R. Neumann

London, 25. Oktober 2025

Eröffnung

Der Kooperationsverbund „dist[ex] – Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit“ wurde im Jahr 2025 im Zuge der neuen Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gegründet. Ziel des Verbunds ist die bundesweite Vernetzung und Stärkung der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit. Im Mittelpunkt steht dabei der Aufbau eines zivilgesellschaftlichen Netzwerks, das den fachlichen Austausch, die Kooperation mit relevanten Schnittstellen und die Weiterentwicklung professioneller Ansätze fördert.

dist[ex] versteht sich als eine Plattform, die sich phänomenübergreifend der Tertiärprävention, methodischen Innovation sowie strukturellen Weiterentwicklung im Arbeitsfeld widmet. Der Verbund besteht aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e. V., Grüner Vogel e. V., dem Interdisziplinären Zentrum für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung e. V. (IZRD), Legato/Vereinigung Pestalozzi gGmbH und Violence Prevention Network gGmbH. Die Träger arbeiten eng zusammen, um bestehende Angebote zu bündeln, neue Impulse zu setzen und die Sichtbarkeit zivilgesellschaftlicher Präventionsarbeit zu erhöhen.

In dieser Fachpublikation werden zentrale Erkenntnisse, Herausforderungen und Handlungsbedarfe aus verschiedenen Bereichen der Distanzierungs- und

Ausstiegsarbeit dokumentiert, wissenschaftlich untermauert und zur Diskussion gestellt.

Das erste Paper befasst sich mit der im Rahmen der Entwicklung der bundeszentralen Infrastruktur durchgeführten Umfrage und enthält die Ergebnisse der Bedarfserhebung, die in der ersten Jahreshälfte an über 160 Organisationen, Träger und Projekte der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit aus unterschiedlichen Phänomenbereichen versendet wurde. Das zweite Paper widmet sich der Zunahme extrem rechter Einstellungen unter Jugendlichen und zeigt auf, wie sich daraus neue Anforderungen an pädagogische Konzepte, institutionelle Kooperationen und Qualifikationen ergeben. Das dritte Paper lenkt den Blick auf die bislang wenig beachtete Radikalisierung im höheren Lebensalter und formuliert Empfehlungen für eine zielgruppenspezifische Ansprache und strukturelle Verankerung entsprechender Angebote. Das vierte Paper widmet sich der komplexen Situation deutscher Foreign Terrorist Fighters in Nordostsyrien und erörtert sicherheitspolitische, menschenrechtliche sowie familienbezogene Aspekte im Kontext möglicher Rückführungen. Das fünfte Paper hebt die Relevanz kooperativer Ansätze zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen hervor und plädiert für den Erhalt und Ausbau bestehender Multi-Agency-Strukturen. Das Modell zeichnet sich durch seine internationale Einzigartigkeit und Effektivität im Bereich der Tertiärprävention aus.

Von Bedarfen zu Perspektiven: Ergebnisse der Bedarfserhebung von dist[ex] für Beratungsstellen der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit

Autor*innen: Benedikt Friedrich, Linda Hasselbusch (IZRD e. V.)

1. Einleitung

Mit dem Start der Projektarbeit im Januar 2025 begann für die fünf Träger des dist[ex]-Verbunds die gemeinsame Aufgabe, eine bundeszentrale Infrastruktur zur Stärkung, Weiterentwicklung und Sichtbarmachung der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit aufzubauen. Neben ausführlichen Vorüberlegungen zu möglichen Schwerpunkten von Fachpublikationen, Fortbildungen und Austauschformaten kann die Entwicklung einer solchen Infrastruktur vor allem dann gelingen, wenn diese im engen Dialog mit den Fachkräften im Feld vorangetrieben wird und deren Bedarfe und Perspektiven von Beginn an berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund konzipierte der Verbund unter Koordination des Interdisziplinären Zentrum für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung e. V. (IZRD) einen umfassenden Fragebogen zu zentralen inhaltlichen Eckpfeilern von dist[ex]. Dieser wurde im Frühjahr 2025 über verschiedene Social-Media-Kanäle und diverse Fach-Newsletter geteilt und bundesweit direkt an die primäre Zielgruppe von dist[ex] geschickt: über 160 Organisationen, Träger und Projekte der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit aus unterschiedlichen Phänomenbereichen.

Die Ergebnisse der Bedarfserhebung bilden nun die Grundlage, um die Strukturen von dist[ex] in enger Rücksprache mit der Zielgruppe weiterzuentwickeln und zugleich wichtige Impulse für die kommenden Projektjahre zu gewinnen. Die Rückspiegelung der Ergebnisse unterstreicht den

partizipativen Charakter des Projekts, schafft Transparenz über die bisherige Entwicklung und soll zur weiteren Diskussion im Feld anregen.

2. Vorgehen und Teilnehmende der Bedarfserhebung

Der Fragebogen wurde von 84 Befragten vollständig ausgefüllt. Darüber hinaus wurden auch die Antworten auf offene Fragen von Teilnehmenden berücksichtigt, die den Fragebogen nicht vollständig abgeschlossen hatten, um dadurch ein möglichst breites Spektrum an Bedarfen und Einschätzungen erfassen zu können. Die Zusammensetzung der Befragten bildet dabei die Vielfalt des Arbeitsfeldes ab. Neben bundesweit agierenden Akteur*innen nahmen Fachkräfte aus 15 Bundesländern an der Erhebung teil (**vgl. Abb. 1**). Das Flächenland Nordrhein-Westfalen ist dabei mit zwölf Teilnehmenden am stärksten repräsentiert. Keine vollständig ausgefüllten Rückmeldungen kommen hingegen aus dem Saarland. Hinsichtlich der Organisationsart sind vor allem zivilgesellschaftliche Träger mit etwas über zwei Dritteln am häufigsten vertreten. Das übrige Drittel differenziert sich in nahezu gleichen Anteilen zwischen staatlichen Ausstiegsprogrammen und kirchlichen Trägern (darunter zählen die konfessionellen Weltanschauungsbeauftragten, die unter anderem zu destruktiven Gruppen und Verschwörungserzählungen beraten) auf. Bezogen auf die berufliche Rolle sind unter den Teilnehmenden annähernd gleich viele Projektleitungen wie Projektmitarbeitende vertreten. Damit spiegeln die Antworten der Befragung sowohl strategische als auch operative Perspektiven wider. Zudem geben rund 60% der Befragten an, über eine Berufserfahrung von zwei bis neun Jahren im Feld zu verfügen, etwa ein Viertel ist sogar bereits seit zehn Jahren oder länger in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit tätig. Lediglich ein kleiner Anteil der Befragten gibt an, mit unter zwei Jahren Berufserfahrung relativ neu im Feld zu arbeiten. Zusammen mit den frischen Eindrücken von Berufsanfänger*innen profitiert der Verbund bei der Erhebung somit gerade von den langjährig gewachsenen Perspektiven erfahrener Fachkräfte.

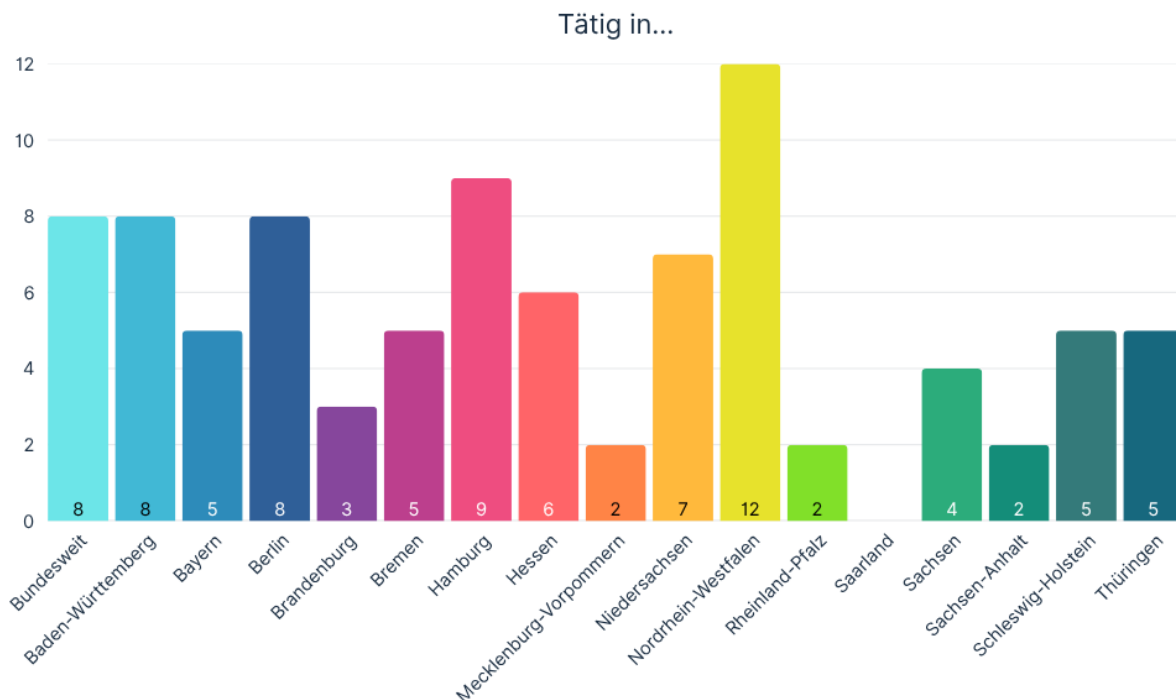


Abbildung 1: Tätigkeit in Bundesländern (absolute Zahlen)

Ebenfalls kann das Spektrum an Phänomenbereichen abgebildet werden, in denen die befragten Fachkräfte in ihrer Arbeit schwerpunktmäßig tätig sind (vgl. **Abb. 2**). Bei dieser Frage wird am häufigsten die Beschäftigung im Bereich islamistischer Extremismus (51%) und Rechtsextremismus (45%) angegeben. Da es sich hierbei um die etabliertesten Arbeitsbereiche der deutschen Präventionslandschaft handelt, überrascht diese Gewichtung nicht. Ebenfalls prominent vertreten sind darüber hinaus die Bereiche Verschwörungserzählungen (37%) und Weltanschauungsfragen (z.B. mit Fokus auf destruktive Gruppen und sogenannte Sekten) mit 25% der Befragten. Zudem werden, wenn auch in geringerem Maße, die Arbeitsschwerpunkte transnationaler Extremismus/ Extremismus mit Auslandsbezug (13%) sowie Linke Militanz (5%) genannt. Ebenso werden als zusätzliche offene Antworten die Themenbereiche Reichsbürger, religiöser Fundamentalismus sowie Rückkehrer*innen aufgeführt. Mehrfachnennungen bei dieser Frage legen nahe, dass einige der beteiligten Träger in ihrer Arbeitspraxis einen thematisch übergreifenden Ansatz verfolgen. Mit 94% sind fast alle Befragten selbst in der

Beratung aktiv, davon die meisten in Umfeldberatung, Fachkräfteberatung und/oder in der direkten Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit mit Indexpersonen.

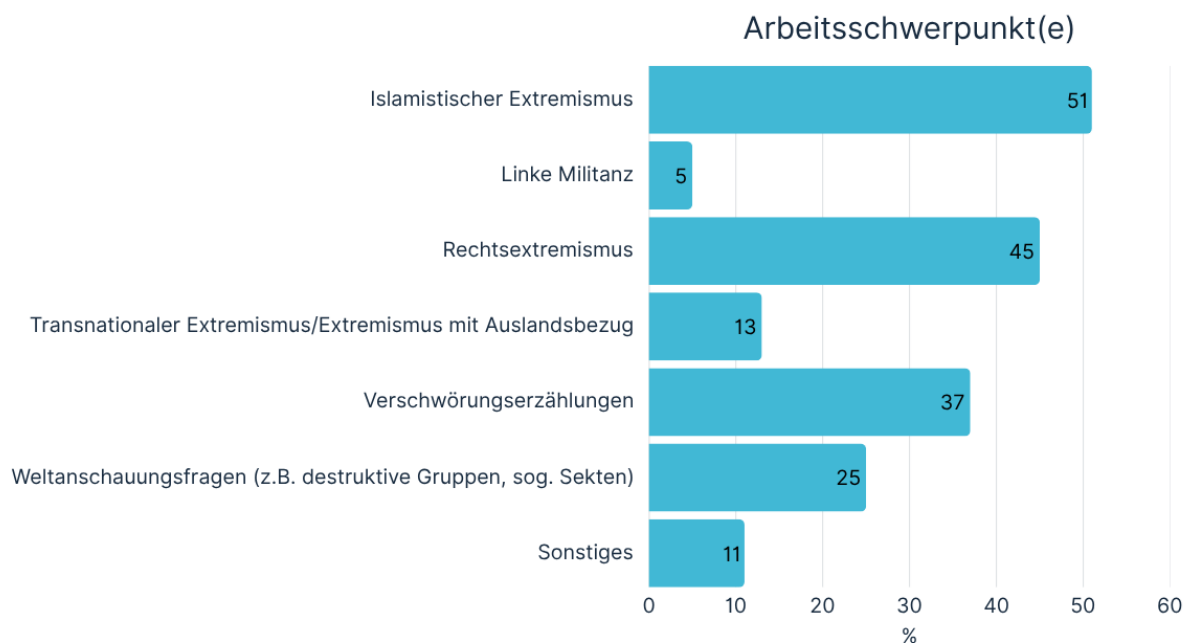


Abbildung 2: Arbeitsspezifische Phänomenbereiche

Um die Vielfalt der Rückmeldungen strukturiert darzustellen, werden die Ergebnisse entlang von drei zentralen Säulen gebündelt, die zugleich die inhaltlichen Kernbereiche des Verbunds abbilden: Im Kapitel Strukturentwicklung werden Grundsatzfragen zur Ausrichtung von Angeboten, Vernetzungsstrukturen sowie Partizipationsmöglichkeiten bei dist[ex] behandelt. Nachfolgend werden im Kapitel Impulse und Transfer inhaltliche und strukturelle Bedarfe zu Fortbildungen, Arbeitsgruppen und Monitorings, die im Rahmen der Projektlaufzeit für Fachkräfte angeboten werden sollen, zusammengefasst. Schließlich werden im Kapitel Qualitätssicherung Aspekte der fachlichen Weiterentwicklung sowie der Diskussion über bestehende und gegebenenfalls notwendige Standards im Feld beleuchtet.

3. Strukturentwicklung im dist[ex]-Verbund: Ausrichtung, Vernetzung, Partizipation

Ein zentrales Anliegen von dist[ex] ist der Aufbau und die Entwicklung tragfähiger Strukturen, die die bundesweite Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit auf fachlicher Ebene langfristig stärken und zugleich sichtbar machen sollen. Der Fragebogenabschnitt zur Strukturentwicklung widmet sich daher unterschiedlichen Dimensionen: den Vernetzungsbedarfen und der Angebotsausrichtung innerhalb und zwischen verschiedenen Phänomenbereichen, dem Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen sowie mit weiteren relevanten Schnittstellen. Darüber hinaus werden Erwartungen und Möglichkeiten einer Beteiligung im Rahmen sogenannter Assoziierter Partnerschaften erhoben. Schließlich geht es um grundlegende Faktoren, die für das Gelingen von dist[ex] als Interessenvertretung des Feldes entscheidend sind.

3.1 Phänomenspezifisch oder phänomenübergreifend? Präferenzen für Schwerpunkte

In der Beratungslandschaft der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit sind viele Angebote historisch mit dem Fokus auf einen spezifischen ideologischen Phänomenbereich gewachsen. Allen voran die Fachstellen zum Themenfeld Rechtsextremismus, spätestens seit dem Jahr 2012 zunehmend auch im Bereich islamistischer Extremismus. Vermehrt werden jedoch immer wieder auch phänomenübergreifende Sichtweisen diskutiert, beispielsweise im Zusammenhang mit sogenannten Brückennarrativen und -ideologien wie Antisemitismus oder Antifeminismus, die als Versatzstücke in verschiedensten Szenen fest verankert sind. Der dist[ex]-Verbund vereint Träger mit unterschiedlichen phänomenspezifischen Schwerpunkten und spricht mit seinen Angeboten das Arbeitsfeld der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit phänomenübergreifend an.

Um eine mögliche Gewichtung der künftigen Angebote und Vernetzungsstrukturen besser einschätzen zu können, ist es wichtig, zunächst herauszufinden, wie die Fachkräfte selbst auf ein potenzielles Spannungsfeld von phänomenübergreifenden und phänomenspezifischen Schwerpunkten blicken. Wenig überraschend stufen nahezu alle Befragten die fachliche Vernetzung innerhalb ihres spezifischen Phänomenbereichs als wichtig ein und bewerteten in ähnlichem Maße die bereits bestehenden Strukturen in diesem Bereich als (eher) vorhanden. Differenzierter fällt das Bild bei der phänomenübergreifenden Vernetzung aus: Mehr als drei Viertel aller Befragten halten die Vernetzung und den Austausch mit Kolleg*innen aus dem gesamten Arbeitsfeld für wichtig. Auffällig hierbei ist, dass die Gruppe von Fachkräften aus dem Bereich islamistischer Extremismus den phänomenübergreifenden Austausch zu rund 90% als sinnvoll erachtet und aus dem Arbeitsfeld Rechtsextremismus mit zwei Dritteln an Zustimmung etwas weniger dieser Tendenz folgen. Zugleich spiegelt sich eine große Uneinigkeit in der Wahrnehmung der Befragten wider, ob phänomenübergreifende Austauschstrukturen bereits vorhanden seien oder nicht. Über die Hälfte der Fachkräfte aus dem Phänomenbereich islamistischer Extremismus schätzen die Vernetzung zu anderen Bereichen als (eher) nicht vorhanden ein, wohingegen Befragte aus dem Arbeitsfeld Rechtsextremismus dies nur zu einem Drittel angeben. Hier zeigt sich eine erste Leerstelle, die durch phänomenübergreifende Vernetzungsangebote von dist[ex] gezielt adressiert werden kann.

Anschließend daran wird der Frage nachgegangen, wie die künftige Ausrichtung inhaltlicher Angebote von dist[ex] gewichtet sein sollte (**vgl. Abb. 3**). Hier zeigt sich in den Antworten ein insgesamt sehr ausgewogenes Bild: Jeweils rund ein Viertel aller Befragten sprechen sich für phänomenspezifische oder aber für phänomenübergreifende Angebote aus. Die Hälfte aller Befragten bevorzugt ein ausgewogenes Angebot. Gruppiert man die Stichprobe der Befragten hinsichtlich ihres Phänomenbereichs, so fällt auf, dass der größte Wunsch nach phänomenspezifischen Angeboten mit 42% von Fachkräften aus dem Bereich Rechtsextremismus ausgeht. Fachkräfte aus dem Feld islamistischer Extremismus plädieren dahingegen zu rund der Hälfte für eine ausgewogene

oder sogar zu etwa einem Drittel zu einer (eher) phänomenübergreifenden Gewichtung von Angeboten.

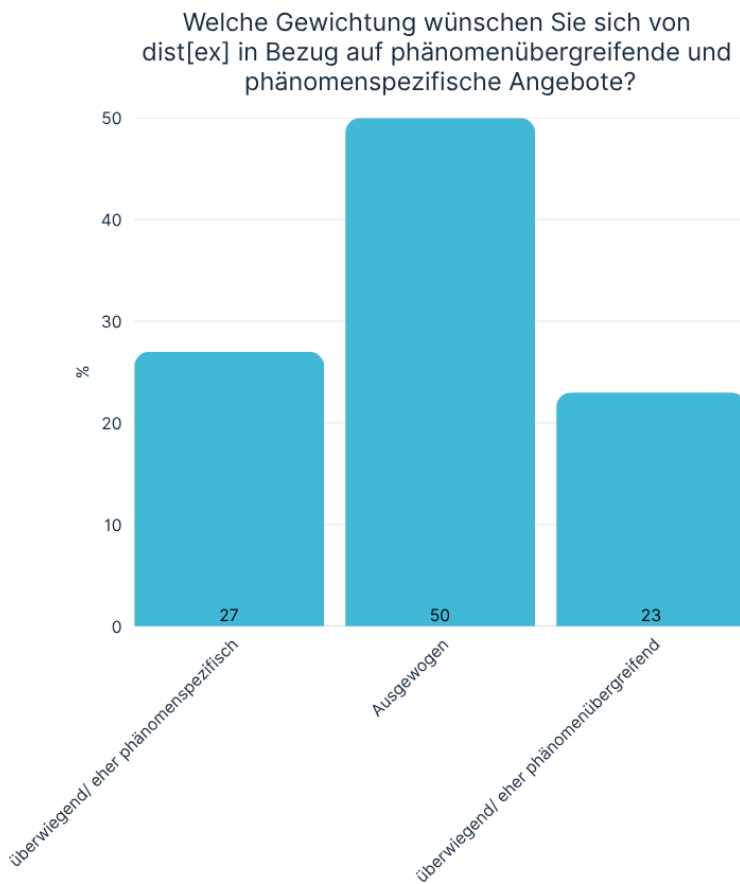


Abbildung 3: Angebotspräferenz

Um die Beweggründe hinter diesen Einschätzungen besser nachvollziehen zu können, werden an dieser Stelle optionale offene Bemerkungen miteinbezogen. Diese verdeutlichen ein Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach fachlicher Spezialisierung und dem Bedarf an übergreifendem Austausch.

Befürworter*innen phänomenspezifischer Angebote betonen, dass gerade in der Arbeitspraxis eine tiefe Expertise zu einzelnen Ideologien und Szenen entscheidend sei, um Qualität, Relevanz und Passgenauigkeit von Maßnahmen zu gewährleisten. Unterschiede in Ideologien, Szenestrukturen und Zugangswegen müssten klar berücksichtigt werden. Zudem wird auf knappe Ressourcen verwiesen, die eine parallele Beschäftigung mit mehreren Phänomenbereichen außerhalb des eigenen Kernbereichs erschweren. Auf der

anderen Seite heben zahlreiche Stimmen die Vorteile phänomenübergreifender Formate hervor. Gerade weil Radikalisierungsprozesse über Phänomene hinweg bisweilen ähnliche Ursachen, Dynamiken und methodische Zugänge aufweisen, könne ein entsprechender Austausch neue Impulse geben. Besonders der Transfer von Wissen oder Best Practices wird als Gewinn gesehen; vorausgesetzt, die Übertragbarkeit auf das eigene Feld bleibt gewahrt. Viele Beiträge, die sich explizit für eine Balance aussprechen, verbinden beide Argumentationslinien: phänomenspezifische Besonderheiten gelten als unverzichtbar für die konkrete Praxis, während phänomenübergreifende Vernetzung als ebenso wichtig für Querschnittsthemen, methodische Weiterentwicklung und Schnittstellenarbeit beschrieben wird. Die Angebotsgestaltung von dist[ex] will inhaltliche Angebote wie Werkstätten, Fortbildungen und Fachtage daher so konzipieren, dass sie einerseits klar die jeweilige spezifische Expertise vertiefen, zugleich aber auch, sofern passend, Räume für Querschnittsthemen und den Transfer von Erfahrungen zulassen, um auch in Bezug auf phänomenübergreifende Aspekte einen Mehrwert für das Arbeitsfeld darzustellen.

3.2 Zivilgesellschaftliche, staatliche und weitere relevante Schnittstellen: Vernetzungsbedarfe im Überblick

Ein wichtiger Bestandteil der Strukturentwicklung im Rahmen von dist[ex] betrifft die Frage, wie sich die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit im bundesweiten Feld stärker mit relevanten angrenzenden Arbeits- und Handlungsfeldern vernetzen kann. Dazu gehört der Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen ebenso wie mit weiteren praxisrelevanten Schnittstellen und Professionen.

Die Ergebnisse zeigen bei allen Befragten über die jeweiligen Phänomenbereiche hinweg ein insgesamt hohes Maß an Vernetzung im Arbeitsfeld der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit, insbesondere innerhalb der Zivilgesellschaft. Die meisten Fachkräfte bewerten die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen als gut etabliert und betonen deren

Bedeutung für fachlichen Austausch, Sichtbarkeit und kollegiale Unterstützung. Gleichzeitig besteht der Wunsch, diese Vernetzung weiter auszubauen, insbesondere bezogen auf die Qualität der eigenen Arbeitspraxis, der Sichtbarkeit gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen sowie den Austausch über aktuelle Lagebilder. Genannt werden Bedarfe nach regelmäßigen, praxisnahen Austauschformaten, die über exklusive Leitungsrunden hinausgehen und konkrete Fall- oder Themenbezüge ermöglichen. Gleichzeitig wird betont, dass bereits existierende Strukturen weiter genutzt, Doppelungen vermieden und die Ressourcen der Fachkräfte bei entsprechenden Formaten realistisch eingeplant werden müssen.

Auch die Vernetzung mit staatlichen Akteur*innen wird überwiegend positiv bewertet, wenn auch etwas zurückhaltender als im zivilgesellschaftlichen Bereich. Viele Fachkräfte sehen darin einen Mehrwert hinsichtlich gemeinsamer Fallarbeit oder zum Austausch zu Gefährdungseinschätzungen. Zugleich wird deutlich, dass die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Stellen auf einem sensiblen Gleichgewicht beruht: Vertrauen, klare Zuständigkeiten und ein Austausch auf Augenhöhe sind zentrale Voraussetzungen, damit eine derartige Kooperation tatsächlich gelingt. Wenn in der Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden etwa Machtgefälle oder Unklarheiten im Umgang mit sensiblen Informationen bestehen, wird die Zusammenarbeit als herausfordernd erlebt.

Über die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Stellen hinaus werden auch Bedarfe zur Vernetzung mit weiteren Schnittstellen erhoben, die durch die Unterstützung des dist[ex]-Verbunds verbessert oder ausgebaut werden sollten (**vgl. Abb. 4**). Besonders deutlich zeigt sich der Wunsch nach einem stärkeren Ausbau von Kooperationen mit den Gesundheits- und Heilberufen (v.a. Psychotherapeut*innen) sowie mit der Kinder- und Jugendhilfe (v.a. Jugendämter): Beide Felder werden aus Sicht der Befragten als besonders relevante Schnittstellen für die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit gesehen. Auch die stärkere Vernetzung zu Justiz und Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und Forschung, Politik und Medien sowie den behördlichen Bundes- und Landesvertretungen (z.B. Landes-Demokratiezentren)

ist von einer klaren Mehrheit durch Angebote von dist[ex] erwünscht. Etwas zurückhaltender, wenngleich noch immer mit überwiegender Zustimmung, bewerten die Fachkräfte den Bedarf an gezieltem Austausch mit der Antidiskriminierungs- und Betroffenenberatung sowie mit internationalen Akteur*innen. Jene Bereiche werden eher als optional wahrgenommen. Dort kann Vernetzung und Kooperation als sinnvolle Ergänzung dienen, wird aber weniger priorisiert und zählt meist nicht zum Kern der täglichen Praxis. Weitere relevante Schnittstellen, die darüber hinaus von Fachkräften genannt werden, sind etwa Akteur*innen aus dem Bildungssystem (Lehrkräfte, Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, außerschulische Bildungsarbeit), Vertreter*innen von Glaubensgemeinschaften oder religiösen Vereinen, Einrichtungen für geflüchtete Menschen sowie zu Bundeswehr und Militärischem Abschirmdienst.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse dieses Unterkapitels, dass die fachliche Vernetzung als zentrales Fundament für eine wirksame und nachhaltige Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit verstanden wird, sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft als auch im Zusammenspiel mit staatlichen Akteur*innen und weiteren relevanten Schnittstellen. Für den dist[ex]-Verbund bedeutet dies folglich, passgenaue Angebote zu schaffen, in denen unter dem Schirm der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit der Austausch und die Kooperation zwischen unterschiedliche Professionen, Institutionen und Ebenen gefördert, intensiviert und vorangetrieben wird.

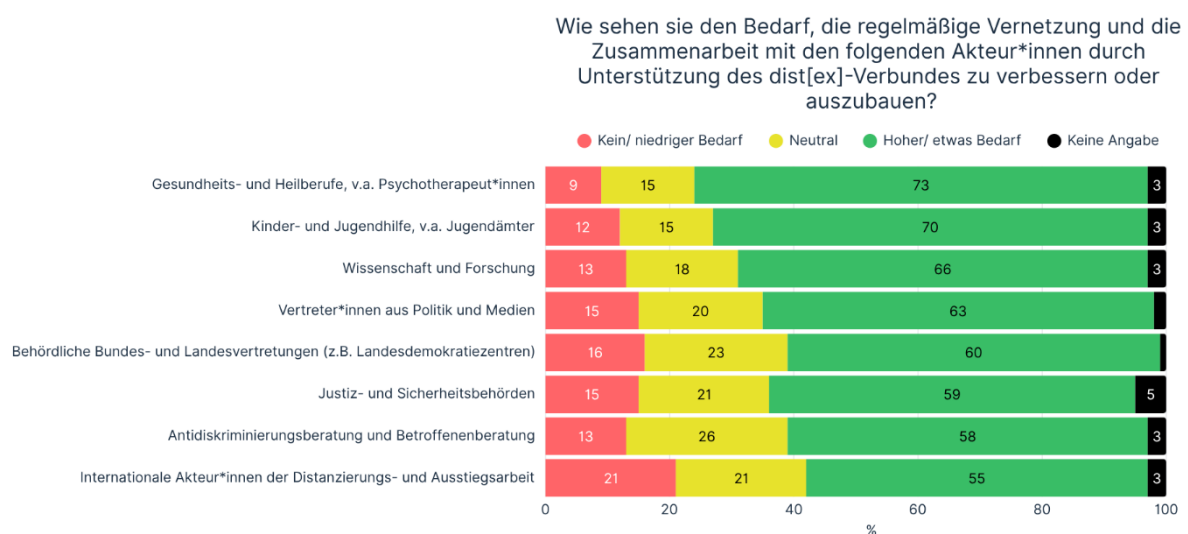


Abbildung 4: Vernetzungsbedarfe mit weiteren Schnittstellen

3.3 Assoziierte Partnerschaften: Partizipation im dist[ex]-Verbund

Eine zentrale Idee des dist[ex]-Verbunds ist es, nicht nur selbst Angebote bereitzustellen, sondern die Expertise, Bedarfe und Perspektiven der Praxis aktiv miteinzubeziehen. Vor diesem Hintergrund verfolgt dist[ex] die Idee der Assoziierten Partnerschaft: ein partizipatives Gerüst, das es ausschließlich zivilgesellschaftlichen Trägern der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit als Primärzielgruppe des Verbunds ermöglicht, sich enger an dist[ex] anzubinden und dort Strukturen demokratisch mitzugestalten. Assoziierte Partner*innen sollen künftig die Möglichkeit erhalten, im Verbund an der Weiterentwicklung des Feldes aktiv mitzuwirken, eigene Themen einzubringen und inhaltliche Schwerpunkte mitzubearbeiten. Dies kann beispielsweise durch die vergütete Übernahme von Co-Leitungen in regelmäßig stattfindenden Themen-Werkstätten oder den exklusiven Zugang zu bestimmten Fachveranstaltungen und vertrauensvollen Austauschformaten geschehen.

Im Fragebogen wurde die Idee der Assoziierten Partnerschaft an die zivilgesellschaftlichen Fachkräfte herangetragen. Zunächst wurde erhoben, welche Angebote sie in diesem Rahmen als besonders wichtig erachten (**vgl. Abb. 5**). Ein klarer Schwerpunkt liegt auf dem regelmäßigen, vertrauensvollen Austausch zwischen den zivilgesellschaftlichen Partner*innen zu gemeinsamen Herausforderungen des Arbeitsfeldes, der von der überwältigenden Mehrheit als großer Mehrwert bewertet wird. Ebenso wichtig ist den Befragten die sichtbare Zugehörigkeit zum Netzwerk, beispielsweise durch eine Listung des Trägers auf der dist[ex]-Website. Fast die Hälfte der Befragten misst darüber hinaus zielgerichteten Unterstützungsangeboten (z. B. zu politischen Stellungnahmen oder dem Aufbau neuer Beratungsstellen) eine hohe Relevanz bei. Gleichzeitig bleibt hier fast ein Drittel neutral, was auf unterschiedliche Bedarfe je nach Projektkontext schließen lässt. Die Möglichkeit, Co-Leitungen von fachspezifischen Werkstätten zu übernehmen, stößt hingegen auf gemischte Resonanz. Etwa zwei Drittel zeigen sich dahingehend zurückhaltend oder neutral,

möglicherweise weil ein derartiges Engagement zusätzliche Ressourcen bindet. Dennoch signalisieren mehr als ein Drittel ein klares Interesse an einer derartigen aktiven Mitgestaltung. Dieses differenzierte Bild spricht dafür, Beteiligungsformate niedrigschwellig, optional und mit klarer Kommunikation zu Aufwand und Nutzen zu gestalten.

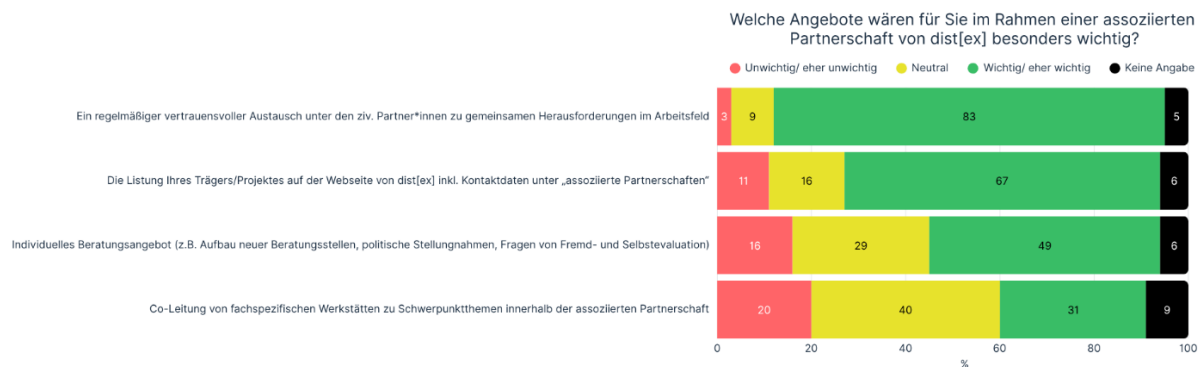


Abbildung 5: Angebote an Assoziierte Partner*innen

Die Bedarfslage zur Strukturentwicklung zeigt deutlich, dass dist[ex] auf ein Arbeitsfeld trifft, das einerseits bereits über vielfältige Vernetzungsstrukturen verfügt, andererseits weiterhin einen Bedarf an Austausch und Kooperation artikuliert, sowohl innerhalb der unterschiedlichen Phänomenbereiche als auch phänomenübergreifend. Besonders die Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wird als zentrale Ressource wahrgenommen, die gestärkt und ausgebaut werden sollte. Gleichzeitig wird der Austausch mit staatlichen Stellen und weiteren relevanten Schnittstellen mehrheitlich befürwortet, wobei Erwartungen an Augenhöhe, Transparenz und klare Rollenverteilungen bestehen. Die Idee der Assoziierten Partnerschaft hat gezeigt, dass ein partizipatives Angebot für die Zivilgesellschaft auf hohes Interesse stößt, sofern es praxisnah, ressourcenschonend und klar strukturiert ist. Hieraus lässt sich ableiten, dass der Verbund nicht nur in einer koordinierenden Rolle tätig sein sollte, sondern Räume für aktive Mitgestaltung eröffnet, unterschiedliche Perspektiven einbindet und sichtbar die Interessen des Arbeitsfeldes auch auf politischen Ebenen vertritt.

4. Impulse und Transfer: Thematische Leerstellen und Fortbildungsbedarfe

Im Rahmen von dist[ex] erhalten Fachkräfte der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit vielfältige Möglichkeiten zum fachlichen Austausch sowie zur Fort- und Weiterbildung. Damit diese Angebote passgenau gestaltet werden können, wurden in der Bedarfserhebung thematische Präferenzen und Bedarfe in unterschiedlichen Bereichen erfasst. In offenen Fragen hatten die Teilnehmenden die Gelegenheit, Themenvorschläge und Interessen für Fortbildungen, Werkstätten und Monitoring-Schwerpunkte einzubringen. Die Auswertung dieser Angaben zeigt, welche inhaltlichen Bedarfe und Phänomene künftig vertieft behandelt werden sollten. Die am häufigsten genannten Themenfelder werden im Folgenden gebündelt dargestellt und in ihrer Bedeutung für das Arbeitsfeld kurz erläutert.

Einige Fachkräfte wünschen sich eine tiefergehende Auseinandersetzung mit bestimmten Begrifflichkeiten wie Radikalisierung, Extremismus, Verschwörungserzählungen oder Antisemitismus, die im Arbeitskontext der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit häufig genutzt, oftmals aber verschiedenartig interpretiert werden. Auch Antifeminismus, LGBTQI+-Feindlichkeit und geschlechtsspezifische Ansprachen durch extremistische Akteur*innen werden genannt. Zudem besteht Interesse am Austausch zu Fragen des professionellen Umgangs mit stark polarisierenden gesellschaftspolitischen Konflikten, etwa zu den Auswirkungen des sogenannten Nahostkonflikts auf Radikalisierungsprozesse sowie die Beratungsarbeit. Ein weiterer Schwerpunkt von Fortbildungsbedarfen liegt auf Methoden der Beratungspraxis, etwa systemischer Beratung, Mediation oder motivierender Gesprächsführung. Auch Deeskalationstrainings und der Austausch zur Arbeit mit Selbsthilfegruppen wird als relevant erachtet, um beraterische Ansätze und methodische Kompetenzen weiterzuentwickeln. Viele Befragte wünschen sich darüber hinaus eine vertiefte Auseinandersetzung mit psychologischen Grundlagen. Insbesondere werden hier die Traumasensible Beratung, der Umgang mit psychisch belasteten Klient*innen und die Rollenklärung zwischen Beratung und Therapie genannt. Dies

unterstreicht die Wichtigkeit der Vernetzung mit Fachkräften aus den psychotherapeutischen Berufen.

Gerade die Schnittstelle zu Kinderschutz und Jugendarbeit wird von den Befragten häufig hervorgehoben, etwa in Bezug auf Kindeswohlgefährdung im Kontext von Radikalisierung und Resilienzförderung. Die Zusammenarbeit mit Jugendämtern und die Fortbildung pädagogischer Fachkräfte als Multiplikator*innen werden hier als wichtig gesehen. Darüber hinaus besteht Bedarf an Austausch und Wissensvermittlung zu professioneller Haltung und Selbstschutz. Genannt werden Themen wie diskriminierungskritische Praxis, Intersektionalität, gendersensible Beratung sowie Selbstachtsamkeit, Empowerment und Ambiguitätskompetenz als Teil des Selbstschutzes. Abschließend werden auch Fragen der Struktur- und Öffentlichkeitsarbeit hervorgehoben, etwa Unterstützung beim strategischen Aufbau und der inhaltlichen Weiterentwicklung von Projekten, beispielsweise hinsichtlich der Erreichbarkeit von schwer zugänglichen Zielgruppen wie Kindern oder Senior*innen. Hinzu kommen Wünsche nach Schulungen bezüglich einer wirksamen Kommunikation mit Medien, Politik und Verwaltung.

Ergänzend zu den oben genannten Themen wurden spezifische Bedarfe erfragt, die vor allem für ein Social-Media-Monitoring relevant sind. Das Monitoring wird in regelmäßigen Abständen aktuelle Entwicklungen zu einschlägigen Szene-Akteur*innen auf den Social Media Plattformen Instagram, TikTok und Telegram systematisch erfassen, einordnen und aufbereiten und Fachkräfte damit in ihrer Arbeit bestmöglich unterstützen. Die Befragten wünschen sich vor allem einen Überblick über relevante Szenen und Akteur*innen sowie zu aktuellen Trends und Entwicklungen. Explizit benannt werden Informationen zu rechtspopulistischen Influencer*innen in sozialen Medien oder Phänomene wie rechte Esoterik. Neben Berichten über aktuelle Ereignisse in radikalen Szenen, wie zum Beispiel Rechtsrock-Konzerte, Kampfsportveranstaltungen oder Desinformationskampagnen besteht zudem der Bedarf einer Analyse über Vernetzungsstrategien zwischen unterschiedlichen extremistischen Milieus, wie zum Beispiel zwischen rechtsextremen und islamistischen Akteur*innen oder im Rahmen sogenannter Querfront-Allianzen.

Die Ergebnisse des Themenbereichs Impulse und Transfer verdeutlichen, welche fachlichen und methodischen Schwerpunkte für die Weiterentwicklung der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit zentral sind. Sie geben Hinweise darauf, welche Themen künftig in Fortbildungen vertieft, in Werkstätten weiterentwickelt und im Social-Media-Monitoring systematisch beobachtet werden sollten. Zugleich wird deutlich, wie wichtig der Ausbau der Zusammenarbeit mit zentralen Schnittstellen ist, insbesondere mit Jugendämtern, Psychotherapeut*innen und pädagogischen Fachkräften. Gleichzeitig werden hierbei immer auch die begrenzten zeitlichen und personellen Ressourcen im Feld deutlich. Über alle Themenfelder hinweg zeigt sich ein klarer Wunsch nach kompakten, flexiblen und zugleich qualitativ hochwertigen Fortbildungsformaten. Kurze Online-Workshops und modular aufgebaute Formate mit geringeren oder optionalen Präsenzanteilen werden dabei am häufigsten genannt. Auch bei Werkstätten bevorzugen die Befragten Modelle, die regelmäßigen, aber ressourcenschonenden Austausch ermöglichen, etwa quartalsweise Treffen mit ausgewogenem Verhältnis von digitaler und persönlicher Begegnung. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Fachkräfte im Feld einen hohen Bedarf an kontinuierlicher fachlicher Weiterentwicklung und praxisnaher Wissensvermittlung haben, jedoch unter klaren Bedingungen: effizient, möglichst ressourcenschonend und mit erkennbarem Mehrwert für die eigene Arbeit. Für dist[ex] bedeutet dies, Fortbildungs-, Austausch- und Monitoringangebote so zu gestalten, dass sie diesen Bedürfnissen gerecht werden und zugleich zur Vernetzung, Qualitätssicherung und gemeinsamen Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes beitragen.

5. Qualitätssicherung: Wie kann dist[ex] die Praxis der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit nachhaltig stärken?

Ein zentrales Ziel von dist[ex] ist die Qualitätsentwicklung und weitere Professionalisierung im Arbeitsfeld der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit. Das

Projekt wird nicht nur eigene Formate anbieten, sondern auch den Rahmen zur Weiterentwicklung der professionellen Beratungsarbeit im Feld bieten. Im Vordergrund steht zunächst die Frage, inwiefern vorhandene Leitlinien und Konzepte den Fachkräften Handlungssicherheit vermitteln, wo Leerstellen bestehen und an welchen Punkten Qualitätsstandards weiterentwickelt werden sollten.

5.1 Konzepte und Leitlinien in der Praxis: Relevanz, Handlungssicherheit und Unterstützungsbedarfe

Zunächst wurde ermittelt, welche Bedeutung bestehende Konzepte für die Praxis der Befragten haben. Abgefragt wurden vier Kategorien: Kinder- und Jugendschutzkonzepte, Konzepte zu diversitätssensibler und diskriminierungskritischer Beratung, Richtlinien zum Einbezug von Sicherheitsbehörden bei sicherheitsrelevantem Verhalten von Klient*innen sowie Strategien und Konzepte zum eigenen Schutz – und gegebenenfalls dem Schutz anderer – vor körperlicher und verbaler Gewalt. Die Einschätzungen verdeutlichen, dass vor allem die beiden letztgenannten Kategorien eine besonders hohe Relevanz haben. Etwas weniger Bedeutung für die eigene Arbeit messen Fachkräfte dahingehend Kinder- und Jugendschutzkonzepten sowie Konzepten zu diversitätssensibler und diskriminierungskritischer Beratung bei.

Im nächsten Schritt wurde untersucht, in welchem Maße vorhandene Konzepte tatsächlich Handlungssicherheit vermitteln (**vgl. Abb. 6**). Bei den Kinder- und Jugendschutzkonzepten zeigt sich, dass viele Einrichtungen zwar über entsprechende Leitlinien verfügen, jedoch circa ein Drittel angeben, diese böten nur in begrenztem Maße Handlungssicherheit. Bei Konzepten zu diversitätssensibler und diskriminierungskritischer Beratung fällt auf, dass ein Viertel der Befragten angeben, es gebe in ihrer Einrichtung keine entsprechenden Konzepte. Richtlinien zum Einbezug von Sicherheitsbehörden werden von knapp 40% als hilfreich erachtet. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Strategien und Konzepten zum Schutz vor körperlicher oder verbaler Gewalt, bei denen 20% auf begrenzte und 40% auf größtenteils gegebene

Handlungssicherheit verweisen. Uneinheitlicher sind die Einschätzungen zu Strategien im Umgang mit arbeitsbezogenem Stress, Überforderung und sonstigen Belastungen: 27% berichten, es gebe keine entsprechenden Konzepte, während 25% angeben, vorhandene Konzepte vermitteln größtenteils Sicherheit. In allen vier Bereichen denkt nur eine kleine Minderheit, dass die bestehenden Konzepte vollständige Handlungssicherheit bieten. Insgesamt entsteht so das Bild eines Arbeitsfeldes, in dem viele Strukturen bereits etabliert sind, diese jedoch als ausbaufähig und teilweise unzureichend wahrgenommen werden.

Weiterhin wurde erhoben, ob und in welchen Bereichen sich Fachkräfte Unterstützung bei der Implementierung oder Weiterentwicklung bestehender Konzepte wünschen. Ein großer Teil äußert keinen Unterstützungsbedarf, viele machen zudem keine Angaben. Dennoch zeigt sich in allen Kategorien ein relevanter Anteil von etwa je einem Drittel, der ausdrücklich Unterstützung zu diesen Konzepten befürwortet. In den offenen Antworten wird deutlich, dass sich die Befragten Austauschformate wünschen, in denen vorhandene Konzepte vorgestellt, kritisch reflektiert und gemeinsam weiterentwickelt werden können. Besonders häufig genannt werden zudem kurze, prägnante Handreichungen, die praxisnah zusammenfassen, wie Konzepte in der täglichen Arbeit angewendet werden können. Dieses Bedürfnis nach klaren, kompakten Materialien verweist erneut auf die im Feld bestehende Ressourcenknappheit. Darüber hinaus wünschen sich einige Fachkräfte Fortbildungen oder Workshops, in denen Konzepte gemeinsam erarbeitet und Best Practices ausgetauscht werden können.

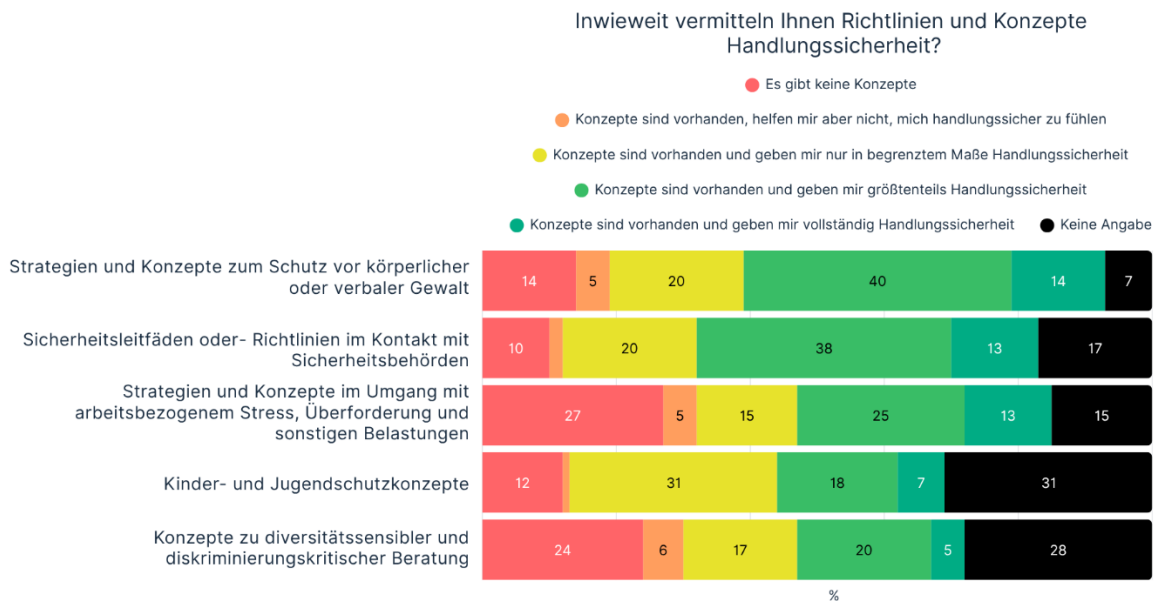


Abbildung 6: Einschätzung zur Handlungssicherheit durch Konzepte

Schließlich wurde die Bereitschaft erhoben, sich an künftig geplanten Werkstätten zu beteiligen, in denen Fachkräfte bestehende Konzepte und Richtlinien gemeinsam reflektieren, anpassen und weiterentwickeln können. Insgesamt zeigt sich, dass die Beteiligungsbereitschaft eher gering ausfällt – insbesondere im Vergleich zur zuvor deutlich geäußerten Relevanz, die den Leitlinien beigemessen wird. Der Anteil derjenigen, die keine Bereitschaft zur Teilnahme äußerten, schwankt zwischen 35% und 48%, wobei das geringste Interesse zur Arbeit an Konzepten zu diversitätssensibler und diskriminierungskritischer Beratung liegt. Die Bereitschaft zur aktiven Arbeit an der Entwicklung von Konzepten bewegt sich zwischen 27% und 35%, mit der niedrigsten Zustimmung ebenfalls im Bereich Diversität und Diskriminierung und dem höchsten Interesse an Konzepten zum Selbstschutz. Dieses Ergebnis legt nahe, dass trotz der hohen Anerkennung der inhaltlichen Bedeutung von bestimmten Leitlinien und Konzepten eine gewisse Zurückhaltung besteht, sich aktiv in deren Weiterentwicklung einzubringen, möglicherweise aufgrund von Zeitressourcen, Prioritätensetzung oder institutionellen Rahmenbedingungen. Auffällig ist besonders die geringe Bereitschaft im Bereich der diversitätssensiblen und diskriminierungskritischen Beratung, die auch für ein

weniger stark ausgeprägtes Bewusstsein unter einer eher homogenen Gruppe an Befragten sprechen könnte.

5.2 Qualitätsstandards und Qualitätszirkel: Reflexion und Weiterentwicklung in der Praxis

Ein weiterer Aspekt der Qualitätssicherung betrifft die Rolle von Qualitätsstandards und Qualitätszirkeln im Arbeitsfeld. Qualitätsstandards sind übergreifende Leitlinien, die dazu dienen, die Professionalität der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit zu sichern und weiterzuentwickeln. Zunächst wurde erhoben, inwiefern solche Standards Fachkräften bekannt sind und ob sie im Arbeitsalltag Handlungssicherheit vermitteln. Die große Mehrheit der Befragten gibt an, dass ihnen Qualitätsstandards im Arbeitsfeld bekannt seien. Knapp 60% berichten, dass diese Standards zumindest teilweise oder vollständig Handlungssicherheit verschaffen. Gleichzeitig bedeutet dies, dass ein erheblicher Anteil diese Sicherheit nur eingeschränkt oder gar nicht erlebt.

Trotzdem ist der wahrgenommene Bedarf an einer Weiterentwicklung bestehender Standards gering. Deutlich größer ist dagegen das Interesse an Weiterbildungen zu diesem Thema. Dies könnte darauf hinweisen, dass weniger ein Bedürfnis nach der (Neu-)Entwicklung von Standards besteht, sondern vielmehr ein Interesse daran, bereits bestehende Qualitätsrahmen besser zu verstehen, anzuwenden oder das eigene Wissen aufzufrischen. Diejenigen, die Interesse an Weiterbildungen angaben, wurden zusätzlich nach spezifischen Bedarfen gefragt. Die Mehrheit formuliert hier einen mittleren bis hohen Weiterbildungsbedarf bei der Entwicklung oder Evaluation von Qualitätsstandards, Selbstevaluationskonzepten oder Wirkungsanalysen.

Letztlich wurde auch das Interesse an sogenannten Qualitätszirkeln erfragt. Damit sind vertrauensvolle Austauschformate des dist[ex]-Verbunds gemeint, in denen Fachkräfte in einem geschützten Raum und gegebenenfalls anonym reflektieren können, ob und wie Qualitätsstandards in der Praxis tatsächlich eingehalten werden. Daran anknüpfend soll zudem diskutiert werden, welche

Rahmenbedingungen deren Umsetzung erleichtern könnten. Die Hälfte der Befragten zeigten grundsätzliches oder starkes Interesse an einer solchen Form des Austauschs. Hinsichtlich der Ausgestaltung solcher offenen und konstruktiven Formate werden bestimmte Faktoren als wichtig eingestuft, darunter der Austausch ausschließlich innerhalb der Zivilgesellschaft (ohne staatliche Akteur*innen) sowie die Moderation durch eine externe, nur dafür verantwortliche Person.

Die Ergebnisse dieses Kapitels zeigen, dass Qualitätssicherung in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit auf mehreren Ebenen verankert werden muss. Einerseits bestehen in vielen Einrichtungen bereits tragfähige Konzepte und Leitlinien, die Orientierung bieten, jedoch häufig noch nicht die gewünschte Handlungssicherheit vermitteln. Andererseits zeigt sich ein klarer Wunsch nach praxisnaher und ressourcenschonender Unterstützung. Etwa durch Austauschformate, kompakte Handreichungen oder gezielte Fortbildungen, die die Anwendung und Weiterentwicklung vorhandener Standards erleichtern. Darüber hinaus gibt es den Bedarf an kollegialer Reflexion und der offenen Diskussion zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität im Arbeitsfeld. Der dist[ex]-Verbund kann hier eine zentrale Rolle einnehmen, indem er Räume schafft, in denen Fachkräfte ihre Erfahrungen teilen, voneinander lernen und gemeinsam an der Professionalisierung der Praxis arbeiten.

6. Abschließende Betrachtung

Die Ergebnisse der Bedarfserhebung zeichnen ein facettenreiches Bild der bundesweiten Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit. Deutlich wird, dass es sich um ein Arbeitsfeld handelt, das sich durch hohe Professionalität, gewachsene Expertise und eine starke Praxisorientierung auszeichnet, zugleich aber auch von struktureller Heterogenität, Ressourcenknappheit und dem Umgang mit fortlaufenden Veränderungsprozessen bei Bedarfen und Entwicklungen geprägt ist.

Für dist[ex] ergibt sich daraus die zentrale Aufgabe, auf Bestehendem aufzubauen, Wissen zu bündeln, Expertise zu verbinden sowie Strukturen zu festigen und auszubauen. Besonders die Ergebnisse zu den Bereichen Vernetzung, Qualifizierung und Qualitätssicherung machen deutlich, dass Fachkräfte sich praxisnahe, ressourcenschonende und zugleich fachlich hochwertige Angebote wünschen. Dist[ex] kann hier eine vermittelnde Rolle übernehmen: als bundesweit entstehende Infrastruktur für Austausch und Wissenstransfer, als Impulsgeber für inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung und als Brücke zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Behörden und Politik.

Zugleich spiegeln die Ergebnisse die hohe Bedeutung partizipativer Strukturen wider. Der Aufbau des dist[ex]-Verbunds lebt davon, dass Fachkräfte aktiv mitgestalten können, etwa in Werkstätten, Qualitätszirkeln oder als Assoziierte Partner*innen. Diese Beteiligung ist nicht nur Ausdruck einer demokratischen Organisationskultur. Sie ermöglicht es dem dist[ex]-Verbund in Zukunft, die Interessen eines vielfältigen Arbeitsfeldes bestmöglich vertreten zu können und so einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit zu leisten.

Immer jünger, immer früher? – Soziale Medien, frühe Ideologisierung und neue Anforderungen an die zivilgesellschaftliche Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit

Autorinnen: Lisa Becker, Ida Götz (Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V.)

1. Abstract

Die Zunahme (extrem) rechter Einstellungs- und Verhaltensweisen unter jungen Menschen stellt zivilgesellschaftliche Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen vor komplexe Herausforderungen. Die Praxis der Beratungsangebote, die sich unter dem Dach der Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V. zusammengeschlossen haben, zeigt einen deutlichen Zuwachs dieser Zielgruppe in der Tertiärprävention. Immer häufiger wenden sich Schulen, Jugendämter oder Eltern mit Anliegen zu teils sehr jungen Adressat*innen an die Berater*innen. Im Spannungsfeld zwischen Einzelfallhilfe, struktureller Überlastung und unklaren Zuständigkeiten ergeben sich durch diese Entwicklungen pädagogische, institutionelle und methodische Herausforderung für das Feld der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit.

Das Policy Paper stellt die Notwendigkeit neuer altersgerechter, niedrigschwelliger Methoden, klarer Kooperationsstrukturen und spezifischer Qualifikationsbedarfe im Umgang mit (extrem) rechten Personen, Kinderschutz, psychologischer Entwicklung und digitaler Pädagogik dar und formuliert daraus konkrete Handlungsbedarfe und politische Empfehlungen, um Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit nachhaltig zu stärken und adäquat auf die Bedürfnisse junger Menschen reagieren zu können.

2. Hintergrund & Gesellschaftspolitischer Kontext

Gesellschaftliche Krisenerfahrungen wie der Klimawandel, ökonomische Unsicherheiten, oder globale Konflikte verstärken zunehmend auch bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Gefühle von Kontrollverlust, Ohnmacht und Zukunftsangst – emotionale Lagen, die anfällig machen für autoritäre und menschenfeindliche Deutungsangebote (Mezzalana et al. 2023). Laut Verfassungsschutzbericht 2024 ist das „rechtsextremistische Personenpotential“ in Deutschland im vergangenen Jahr signifikant angestiegen. Zugleich hat sich die Zahl „rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten“ fast verdoppelt (BMI 2025: 67f.). Besonders besorgniserregend ist dabei die zunehmend schnelle Radikalisierung junger, teilweise minderjähriger, Menschen, die verstärkt in digitalen Räumen erfolgt und oftmals mit Gewaltbereitschaft verbunden ist (ebd.: 68; DLF 2025).

Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in aktuellen sozialwissenschaftlichen Studien wider: Die Trendstudie „Jugend in Deutschland“ zeigt, dass 14- bis 29-Jährige seit der COVID-19-Pandemie verstärkt unter psychischem Stress, Erschöpfung und einem Gefühl der Hilflosigkeit leiden (Schnitzer/ Hurrelmann/ Hampel 2024). Knapp die Hälfte der Befragten äußerte Sorgen über gesellschaftliche Spaltung und die Aufnahme von Geflüchteten, während rechtspopulistische Parteien unter jungen Menschen an Zustimmung gewinnen. Studienautor Klaus Hurrelmann spricht in diesem Zusammenhang von einer „klaren Verschiebung nach rechts“ in dieser Altersgruppe (ebd.) – eine Tendenz, die sich auch in der Beratungspraxis widerspiegelt.

Zunehmend berichten Fachkräfte der zivilgesellschaftlichen Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit von Fällen sehr junger Adressat*innen – teils bereits im Grundschulalter – die (extrem) rechte Einstellungsmuster oder ideologisch geprägte Verhaltensweisen zeigen.

Diese Zunahme signalisiert, dass sich der Fokus innerhalb der Zielgruppen der Tertiärprävention verändert hat. Aufseherregend ist dabei insbesondere die wachsende Zahl an Anfragen von (Grund-)Schulen, die Unterstützung im Umgang mit auffälligen Schüler*innen oder ganzen Schulklassen suchen. Diese

Entwicklung fordert nicht nur Eltern, politische Bildungsarbeit, Lehrer*innen und Jugendhilfe heraus, sondern stellt auch die zivilgesellschaftliche Distanzierungs- und Ausstiegsberatung vor neue institutionelle, pädagogische, rechtliche und fachliche Herausforderungen, die dringend strukturelle, konzeptionelle und ressourcenbezogene Antworten erfordern. Gleichzeitig stellen sich mit der Minderjährigkeit der Adressat*innen auch komplexe Fragen zum Zugang zu Beratungsnehmenden, ob und inwieweit diese tatsächlich radikalisiert sind, zur Rolle und Einbeziehung des sozialen Umfelds, zur fachlichen Zuständigkeit sowie der Wirkung des Angebots bei nicht intrinsisch motivierten Kindern und Jugendlichen.

Das folgende Policy Paper beleuchtet diese Herausforderungen und Handlungsbedarfe anhand aktueller Beobachtungen aus der Praxis, greift zentrale Fragestellungen aus Fachdebatten, Journalismus und wissenschaftlichen Impulsen auf und formuliert konkrete Empfehlungen für Politik, Fachpraxis und Förderstrukturen. Die Arbeit von dist[ex] – Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit bildet hierbei einen zentralen erster Schritt, um Fachkräfte der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit bei diesen Herausforderungen nachhaltig zu unterstützen. Um das Thema jedoch langfristig zu verankern, sind weitere Schritte auf fachlicher, struktureller und politischer Ebene erforderlich.

3. Zugänge, Erwartungen und Zuständigkeiten: Zwischen Einzelfallhilfe und struktureller Überlastung

Die zivilgesellschaftlichen Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen in der Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V. (BAG Ausstieg) verzeichnen eine signifikante Zunahme der Anfragen, die sich auf Kinder und sehr junge Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren mit (extrem) rechten Einstellungsmustern oder ideologisch geprägtem Verhalten beziehen. Eine eindeutige Altersgrenze lässt sich dabei jedoch nicht ziehen, da sich einige Kinder bereits deutlich früher politisch interessieren oder über soziale Medien mit entsprechenden Inhalten in Kontakt kommen (Meusel 2025: 5). Bei der Beratungsstelle NinA NRW beispielsweise ist die Zahl der Beratungersuche aus

dem Umfeld dieser Zielgruppe in den vergangenen eineinhalb bis zwei Jahren um rund ein Drittel gestiegen – oftmals initiiert durch Lehrkräfte, Jugendämter, Fachkräfte aus der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe oder besorgte Eltern (ebd.)

„Auffällig ist, dass die betroffenen Kinder extrem jung sind.“ (Meusel 2025: 5)

Insbesondere Schulen, zunehmend sogar Grundschulen, melden Vorfälle, die sie nicht allein pädagogisch einschätzen oder bewältigen können. Hakenkreuz-Schmierereien, rassistische, antisemitische oder queer-/transfeindliche Äußerungen im Unterricht sowie Schüler*innen, die in (extrem) rechten Chatgruppen mit nationalsozialismusverherrlichenden Inhalten aktiv sind, stellen längst keine Einzelfälle mehr dar (Agarwala 2025: 1). Der Zugang zur Beratung erfolgt in diesen Fällen meist reaktiv, häufig unter erheblichem Zeitdruck und mit dem impliziten Anliegen einer schnellen Problemlösung. Die Beratungsanfragen bewegen sich dabei in einem komplexen Spannungsfeld zwischen pädagogischem Anspruch, persönlicher Überforderung, Personalknappheit und institutionellen Anforderungen zur Problembewältigung.

Eine weitere zentrale Schnittstelle in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die (extrem) rechte Einstellungen und Verhaltensweisen zeigen, bildet die Kinder- und Jugendhilfe, die häufig in enger Kooperation mit Schulsozialarbeit, Polizei und Familiengericht agiert. Auch innerhalb dieses Netzwerkes divergieren die Erwartungen an die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung deutlich: Während einige Akteur*innen eine unmittelbare Intervention oder eine schnelle Verhaltensänderung erwarten, zielen andere auf eine langfristige Begleitung und systematische Aufklärung der zugrundeliegenden Problemlagen ab. Auch Eltern oder Angehörige wenden sich teilweise verunsichert, beschämt oder überfordert an die Beratungsstellen. Häufig berichten sie von einer zunehmenden Entfremdung von ihrem sich radikalisierten Kind. Konflikte nähmen zu, oft ändere sich abrupt der Freundeskreis und nicht selten verschlechtere sich die schulische Leistung deutlich (Meusel 2025: 5). In einigen Fällen erleben die Berater*innen jedoch auch eine ideologische Zustimmung innerhalb des familiären Umfelds, was eine reflektierte Auseinandersetzung mit dem Verhalten des Kindes/ Jugendlichen zusätzlich erschwert.

Diese Vielfalt an Zugängen und Erwartungshaltungen verlangt von den Beratungsstellen eine hohe Flexibilität: Sie müssen gleichzeitig als Einzelfallberater*innen, Systemversther*innen, Multiplikator*innen und Brückenbauer*innen zwischen den Institutionen agieren und dies häufig ohne klares institutionelles Mandat und jenseits ihrer ursprünglichen Aufgaben als Distanzierungs- und Ausstiegsberater*innen¹. Hinzu kommt die strukturelle Überlastung vieler Beratungsstellen: Neben ihrer primären Aufgabe der individuellen Beratung übernehmen sie zunehmend anlassbezogene Workshops oder Interventionen für ganze Schulklassen, also eine Aufgabe, die nicht nur Ressourcen bindet, sondern auch die Frage aufwirft, ob hier nicht Aufgaben anderer professioneller Felder übernommen werden, die nicht Teil „klassischer“ Tertiärprävention sind.

Die Nachfrage ist hoch, doch weder personelle, finanzielle oder strukturelle Ressourcen noch konzeptionelle Zuständigkeiten sind auf diesen erweiterten Bedarf abgestimmt. Folglich geraten Beratungsstellen an ihre Belastungsgrenzen, während gleichzeitig die Erwartungshaltungen seitens der anfragenden Institutionen weiter steigen. Zudem birgt diese Mehrfachrolle erhebliche Interessenskonflikte, da Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen kaum gleichzeitig die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen, ihren Angehörigen und Institutionen oder Fachkräften professionell begleiten können, ohne ihre Unabhängigkeit, Vertrauensbeziehungen oder fachliche Klarheit zu gefährden. Die Frage, wer in solchen Situationen angemessen, nachhaltig und altersgerecht begleiten kann, bleibt vielfach unbeantwortet, insbesondere dort, wo Strukturen der politischen Bildung, Demokratiepädagogik oder Jugendhilfe fehlen oder nicht ausreichend miteinander vernetzt sind.

4. Digitale Lebenswelten und ideologische Elemente

Das Internet ist in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen längst fest verankert: 9 von 10 Jugendlichen nutzen es täglich (JIM 2024: 24) und auch bei Kindern hat die Intensität der Nutzung des Internets (insbesondere in den Altersgruppen von 8 bis 11 Jahren) deutlich zugenommen (KIM 2024: 34).

Besonders relevant für Jugendliche sind dabei die Plattformen WhatsApp, Instagram, YouTube und TikTok (JIM 2024: 25).

Mittels zunehmend professionalisierten Online-Strategien werden diese Plattformen jedoch auch gezielt von (extrem) rechten Akteur*innen zur Verbreitung ihrer Ideologien, Rekrutierung und Vernetzung genutzt (Jukschat 2022: 198).

Die zentrale Rolle von (digitalen) Medien für (extrem) rechte Akteur*innen ist keine Neuheit, jedoch hat sich ihre Funktion mit dem Web 2.0 gewandelt: wurde das Internet in den vergangenen Jahrzehnten noch primär für interne Kommunikation verwendet, werden nun soziale Medien strategisch genutzt um (junge) Menschen anzusprechen, die noch nicht in (extrem) rechte Strukturen eingebunden sind (Salzborn 2020: 68f.). (Extrem) rechte Influencer*innen und Content-Creator*innen schöpfen dabei alle Interaktionsmöglichkeiten aus, die ihnen von Plattformen geboten werden, und inszenieren sich entlang von populären Trends, Hashtags und Memes (Berendsen/ Schnabel 2024: 29).

Auch wenn die Bedeutung des Internets für Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse in einem multikausalen Zusammenhang betrachtet werden muss, deutet empirisch vieles darauf hin, dass digitale Räume eine wichtige Rolle bei ebendiesen spielen können (Jukschat 2022: 205). So ist auch für zivilgesellschaftliche Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen die zunehmende Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch (extrem) rechte Inhalte, insbesondere über TikTok, spürbar. Die (häufig kurzgreifenden) Narrative wie beispielweise vom „großen Bevölkerungsaustausch“ werden zu zentralen Themen der Beratung.

Zusätzlich werden Berater*innen mit der Schnelllebigkeit von Internet-Trends und versteckten Symboliken (wie der Verwendung des Kiwi-Emojis zum Ausdruck von Transfeindlichkeit²) konfrontiert, die oft unterhalb der Aufmerksamkeitsgrenze von pädagogischen Fachpersonal oder Eltern liegen. Für Außenstehende zunächst scheinbar unauffällig oder bedeutungslos, transportieren sie jedoch (extrem) rechte Botschaften, die sceneintern als Signal der Zugehörigkeit und ideologischen Verortung verstanden werden.

Zudem zeigt sich, dass Jugendliche, die (extrem) rechte Inhalte etwa auf TikTok, Discord oder Twitch konsumieren, zunehmend schneller den Schritt in geschlossene (extrem) rechte WhatsApp-Gruppen oder auf entsprechende Demonstrationen vollziehen. Besonders deutlich zeigte sich dies bei den Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen, bei denen neue (extrem) rechte Jugendgruppen wie „Deutsche Jugend Voran“ oder „Elblandrevolte“ ihre Rekrutierungsbemühungen offenbar vor allem über Metas Plattformen und WhatsApp organisierten. (Mellea/ Düker 2024: 5). Auffällig dabei ist, dass bei diesen Demonstrationen neben teils Minderjährigen und jungen Erwachsenen auch ältere und erfahrenere (extrem) rechte Akteur*innen aktiv waren (ebd.).

5. Methodische Herausforderungen und pädagogische Konzeptionen im Wandel

Wie eingangs beschrieben zeichnet beispielweise der Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2024 das Bild einer zunehmenden Radikalisierung junger Menschen. Die Frage, ob bereits von einem Rechtsruck unter jungen Menschen gesprochen werden kann, wird in der Sozialforschung jedoch kontrovers diskutiert (Decker et al. 2024: 54; Merkle/Steiner 2025: 63f.). Dennoch verzeichnen auch die Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen in der BAG Ausstieg bundesweit seit 2023/24 einen starken Anstieg der Beratungsanfragen von Angehörigen oder pädagogischen Fachkräften (insbesondere aus dem Schulkontext), die sich auf Kinder und Jugendliche beziehen.

Auffällig ist dabei eine Gleichzeitigkeit zweier Entwicklungen: während (extrem) rechte Einstellungs- und Verhaltensweisen unter Kindern und Jugendlichen zunehmen, zeigt sich zugleich eine wachsende Sensibilisierung von Eltern und Fachkräften für die Problematik.

Mit dieser Tendenz geht auch eine Verschiebung des bisherigen konzeptionellen und methodischen Fokus der Beratungsarbeit einher. Bislang stellten Biografie- und Ideologearbeit³ den zentralen Teil einer Distanzierungs- und Ausstiegsberatung dar, während in der Begleitung der zunehmend jünger

werdenden Adressat*innen vermehrt Erziehungsfragen und die Notwendigkeit politischer Bildungsarbeit im Vordergrund stehen. Zudem bedarf die Begleitung jüngerer Adressat*innen eine stärkere Einbeziehung von Bezugspersonen wie Eltern oder Lehrkräfte, da kindliche Moral- und Wertevorstellungen außengeleitet, subjektiv und egozentristisch sind und sich stark an Eltern und erwachsenen Bezugspersonen orientieren, während sich die Moral- und Wertevorstellungen von Heranwachsende zunehmend an universellen ethischen Normen orientieren (Roos 2018: 194).

Zusätzlich ergibt sich aus der Zunahme von Fällen insbesondere aus dem schulischen Kontext eine weitere pädagogische Herausforderung: die meist fehlende Freiwilligkeit der Kinder und Jugendlichen. Nicht selten erfolgen die Beratungen unter einem gewissen Druck, da diese oft nach dem Prinzip "Beratung oder Suspendierung" erfolgen, was den Aufbau eines tragfähigen Beratungsprozesses erschwert. Zudem ist der zeitliche Rahmen für von Schulen initiierte Beratungen oft begrenzt. Vor dem Hintergrund der fehlenden intrinsischen Motivation vieler Kinder und Jugendlicher verschieben sich folglich auch die Zielsetzungen dieser Beratungen: Im Mittelpunkt steht meist zunächst die Aufarbeitung des Vorfalls. Sofern erforderlich, wird daran anknüpfend versucht, erste Irritationsmomente zu setzen, einen Reflexionsprozess anzustoßen und die Adressat*innen zu einer freiwilligen Fortsetzung der Beratung zu motivieren. Um Zugänge zu nicht intrinsisch motivierten Kindern und Jugendlichen zu schaffen, bedarf es hier neuer niedrigschwelliger und dialogorientierter Methoden, die auf Werte- und Haltungsebene ansetzen und einen Perspektivwechsel anregen.

6. Sehr junge Zielgruppen als neue Herausforderungen in der zivilgesellschaftlichen Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit

6.1. Unklare Zuständigkeiten, Kooperationshürden und Handlungsunsicherheit:

Beratungsstellen agieren bislang in einem Zwischenraum ohne eindeutige strukturelle Zuständigkeit und werden von Schulen oder Jugendhilfe häufig als „Universallösung“ in Anspruch genommen – auch bei Fällen, die im Rahmen von Schulsozialarbeit oder Vertrauenslehrkräften bearbeitet werden könnten. Während pädagogische Fachkräfte oftmals über begrenzte Handlungssicherheit im Umgang mit (extrem) rechten Einstellungen und Verhaltensweisen verfügen, zeigt sich gleichzeitig eine zunehmend frühzeitige Inanspruchnahme von Unterstützung. Erforderlich sind daher klare Kriterien zur Fallzuweisung, realistische Erwartungsmanagement-Prozesse sowie Begleitung bei rechtlichen Unsicherheiten. Zudem müssen Fachkräfte darin gestärkt werden, unterschiedliche Grade der Ideologisierung, Gefährdungslagen und Bedarfe sensibel einzuschätzen, ohne diese zu bagatellisieren oder zu überhöhen. Eine systematische und nachhaltige Verstetigung der Kooperation zwischen Schule, Jugendhilfe und spezialisierten Beratungsstellen ist hierfür entscheidend.

6.2. Qualifikationsbedarf von Fachkräften:

Die Arbeit mit sehr jungen Zielgruppen erfordert spezifische Kompetenzen im Bereich Kinderschutz, psychologischer Entwicklung, digitaler Dynamiken und pädagogischer Intervention. Die fachliche Ausbildung vieler pädagogischer Fachkräfte deckt diese Bandbreite bislang nicht ab. Langfristig notwendig sind daher gesicherte Finanzierungen und ein gezielter Ausbau fachlicher Ressourcen, unter anderem durch den Austausch mit Kinderpsycholog*innen, Sozialpädagog*innen sowie durch spezifische Fortbildungsangebote.

6.3. Komplexe Fallkonstellationen:

Die Zahl Kinder und Jugendlicher mit multiplen Problemlagen (von kognitiven Einschränkungen über Suchterkrankungen bis hin zu stationären Jugendhilfekontexten) wächst (Rauschenbach et al. 2024). Dies erfordert

differenzierte Ansätze, die kurzfristige Schutzbedarfe mit einer langfristigen pädagogischen Begleitung verknüpfen und die Einbindung zusätzlicher personeller sowie fachlicher Ressourcen sicherstellen. Ohne professionellen Umgang besteht die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche entweder von (extrem) rechten Szenen vereinnahmt oder durch vorschnelle Stigmatisierung ausgegrenzt werden.

6.4. Methodenlücke:

Für Kinder und sehr junge Jugendliche fehlen bislang alters- und entwicklungsadäquate Konzepte in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit. Vorhandene Beratungs- und Qualifizierungsansätze müssen altersgerecht angepasst und um niedrigschwellige Formate im Spannungsfeld von Prävention, Frühintervention und Distanzierung erweitert werden.

6.5. Kapazitäts- und Ressourcendefizite:

Aufgrund steigender Anfragen stellt sich zunehmend die Frage nach Priorisierung. Neben Beratungs- und Bildungsarbeit fehlt es folglich an Ressourcen für nachhaltige Netzwerkarbeit, inhaltlichen Fachaustausch und Infrastrukturbildung.

7. Dringender Handlungsbedarf: Konkrete Empfehlungen und Forderungen

7.1. An Politik und Zuwendungsgebende:

- Langfristige Förderung von Beratungsangeboten für junge Zielgruppen: Bundes- und Landesprogramme müssen gezielt Mittel bereitstellen, um diese fachgerecht zu erreichen. Eine mehrjährige Finanzierung und die Etablierung als dauerhafte Regelstruktur sind erforderlich, um Planungssicherheit zu gewährleisten.

- Strukturelle Schnittstellen schaffen: Kooperationen zwischen Regelsystemen und zivilgesellschaftlicher Distanzierungs- und Ausstiegsberatung müssen systematisch verankert werden, um Frühprävention und Distanzierungsarbeit konsequent zusammenzudenken.
- Stärkung digitaler Präventions- und Distanzierungsarbeit: Digitale Räume müssen stärker adressiert werden, indem gezielt Programme für Plattformen wie TikTok, Instagram, YouTube und Co. entwickelt und gefördert werden.

7.2. An Fachpraxis und Zivilgesellschaft:

- Fachliche Qualifizierung und Sensibilisierung pädagogischer Fachkräfte für (extrem) rechte Einstellungen und geschlechtsspezifische Diskriminierung: Die Fachpraxis muss strukturelle Rahmenbedingungen schaffen, um sehr junge Zielgruppen altersgerecht und wirksam zu erreichen. Pädagogische Fach- und Lehrkräfte sollen gezielt darin geschult werden, Kinder und Jugendliche mit (extrem) rechten, antifeministischen sowie trans- und queerfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen zu erkennen und angemessen zu begleiten. Schulungen zum grundlegenden Umgang mit (extrem) rechten Personen, altersgerechter Kommunikation, gendersensibler Begleitung und digitaler Ideologievermittlung sind fest in Aus- und Weiterbildungen zu verankern und in der Praxis umzusetzen.
- Strukturierte Unterstützung für Fachkräfte: Für eine wirksame Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit mit jungen Zielgruppen müssen altersgerechte Materialien und Methoden entwickelt sowie Fortbildungen zu Methodik und ethischen Standards etabliert werden. Ergänzend sollten sichere Räume für multiprofessionellen Austausch und Fallreflexion geschaffen und kontinuierliche Supervisionsangebote bereitgestellt werden, um Fachkräfte in der Bearbeitung komplexer und herausfordernder Fallkonstellationen zu stärken.

7.3. An Medienschaffende, Plattformbetreibende und Öffentlichkeit:

- Wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit und Stärkung von Betroffenenperspektiven: Öffentlichkeitsarbeit muss wirkungsvoll gestaltet werden, indem der Fokus vom Täter*innen-zentrismus⁴ weggeführt und stattdessen Demokratiebildung, Schutzräume sowie die systemischen Ursachen (extrem) rechter Ideologisierung sichtbar gemacht werden. Gleichzeitig muss die öffentliche Wahrnehmung der Relevanz von Beratungs- und Präventionsangeboten aktiv gestärkt werden. Zudem sind die Perspektiven Betroffener von Rassismus und Diskriminierung systematisch zu stärken und unter Wahrung der Anonymität in der öffentlichen Darstellung zu berücksichtigen. Dies trägt auch dazu bei, die öffentliche Wahrnehmung der Relevanz von Beratungs- und Präventionsangeboten zu fördern.
- Digitale Räume aktiv gestalten: Betreiber*innen digitaler Plattformen müssen Inhalte gezielt betreuen, fachlich begleiten und moderieren, um der Verbreitung (extrem) rechter Inhalte entgegenzutreten, junge Menschen frühzeitig zu erreichen, Präventionsangebote sichtbar zu machen und sichere, reflektierte Räume für Austausch und Beratung zu schaffen.

8. Fazit

Die wachsenden (extrem) rechten Einstellungs- und Verhaltensweisen unter Kindern und Jugendlichen markieren eine Verschiebung des Fokus im Feld der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit. Befördert durch digitale Lebenswelten, gesellschaftliche Krisenerfahrungen und Verunsicherungen der Adressat*innen stehen nicht nur Distanzierungs- und Ausstiegsberatungsstellen, sondern auch Lehrkräfte, Jugendhilfe und Eltern vor Herausforderungen. Die Befunde verdeutlichen, dass bisherige Ansätze der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit an ihre Grenzen stoßen, wenn teils sehr junge Zielgruppen erreicht werden

sollen, deren Ideologisierung noch nicht zwangsweise gefestigt, aber hochgradig dynamisch ist.

Es ist dringend notwendig, dass jetzt eine strukturelle und langfristige Förderung für Distanzierungs- und Ausstiegs- sowie Bildungsprojekte und Qualifikationsangebote für Fachkräfte der Sozialen Arbeit und aus dem Schulkontext bereitgestellt werden. Darüber hinaus gilt es, digitale Räume weiterhin verstärkt in den Fokus politischer und pädagogischer Maßnahmen zu rücken. Einerseits bedarf es einer stärkeren Regulierung von Plattformen, um ihre Verantwortung bei der Verbreitung (extrem) rechter und strafrechtlich relevanter Inhalte konsequent einzufordern. Andererseits sollten pädagogische Fachkräfte gezielt für die Dynamiken und Gefahren digitaler Räume sensibilisiert werden.

Nur wenn Politik, Zivilgesellschaft, Fachpraxis und Plattformbetreibende gemeinsam Verantwortung übernehmen und die genannten Maßnahmen entschlossen umsetzen, kann eine wirksame Prävention gewährleistet und jungen Menschen ein selbstbestimmter Weg fernab (extrem) rechter Ideologien und anderer Radikalisierungsformen eröffnet werden.

Literaturverzeichnis

Agarwala, Anant (2025): „Sieg Heil“ in der Frühstückspause, in: ZEIT Nr. 17/2025, online: <https://www.zeit.de/2025/17/rechtsextremismus-schule-straftaten-schueler-hitlergruss-white-power> (Zugriff 22.10.2025).

Berendsen, Eva/ Schnabel, Deborah (2024): Das TikTok-Universum der (extremen) Rechten Trends, Strategien und Ästhetik in der Social-Media-Kommunikation, online: <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/publikationen/das-tiktok-universum-der-extremen-rechten> (Zugriff 13.08.2025).

Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V. (BAG Ausstieg) (2025): Zum Umgang mit Aussteiger*innen in den Medien, online: https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2025/05/Standpunkt_Aussteiger-in-den-Medien.pdf (Zugriff 22.10.2025).

Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V. (BAG Ausstieg) (2023): Ausstiegs- und distanzierungsorientierte Gesprächsführung. Zum Umgang mit extrem rechten Einstellungen, online: https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2024/06/Bro_QS_05-12-2023-Ent5.pdf (Zugriff 03.09.2025).

Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e.V. (BAG Ausstieg) (2019): Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit, online: https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2025/03/Qualitaetsstandards_Ausstiegsarbeit_Rechtsextremismus_BAG_Ausstieg_und_Einstieg.pdf (Zugriff 22.10.2025).

Bundesministerium des Inneren (BMI) (2025): Verfassungsschutzbericht 2024, online: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Zugriff 22.10.2025).

Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Ayline/ Brähler, Elmar (2024): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Ayline/ Brähler, Elmar (Hrsg): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen, Gießen, S. 29-101.

Deutschlandfunk (DLF) (2025): Verfassungsschutzbericht. Mehr politische Straftaten – rechtsextreme Szene deutlich gewachsen, online: <https://www.deutschlandfunk.de/mehr-politische-straftaten-rechtsextreme-szene-deutlich-gewachsen-100.html> (Zugriff 22.10.2025).

Gesicht zeigen! (2025): Diese Codes nutzen Rechtsextreme im Internet, online: <https://www.gesichtzeigen.de/emojis-2/> (Zugriff 08.09.2025).

JIM-Studie (2024): Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger, online: <https://mpfs.de/studien/jim-studie/> (Zugriff 13.08.2025).

Jukschat, Nadine (2022): Digitale Medien als Medien der (neuen) Rechten? Zur Rolle und Nutzung (digitaler) Medien in rechtsextremen Bewegungen und ihrer Bedeutung für kollektive und individuelle Radikalisierungsprozesse, in: Milbrandt,

Björn/ Frank, Anja/ Greuel, Frank/ Herding, Maruta (Hrsg.): Handbuch Radikalisierung im Jugendalter. Phänomene, Herausforderungen, Prävention, Opladen, Berlin & Toronto, S. 197-215.

KIM-Studie (2024): Kindheit, Internet, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger, online: <https://mpfs.de/studien/kim/> (Zugriff 13.08.2025).

Mellea, Jessa/ Düker, Joe (2024): Eine neue Generation von Neonazis: Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet, online: <https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/> (Zugriff: 14.08.2025).

Merkle, Hannah/ Steiner, Felix M. (2025): Jugendlicher Rechtsruck?, in: ezra/ MOBIT/ KomRex/ IDZ (Hrsg.): Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen, S. 60-66, online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Thueringer_Zustaende/ThueringerZustaende2024-web.pdf (Zugriff 03.09.2025).

Meusel, Lisa (2025): Braune Kinderzimmer. Soziale Medien impfen Kinder mit radikalen Gedankengut. Wann Sie handeln sollten. Interview von David Holzapfel und Frederik Mittendorf, online: <https://www.stern.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-im-internet--wann-eltern-handeln-sollten-35533634.html> (Zugriff 22.10.2025).

Mezzalana, Selene/ Winter, Taylor/ Riordan, Benjamin/ Scarf, Damian/ Jose, Paul/ Maldonado, Nelson Mauro/ Scandurra, Christiano/ Bochicchio, Vincenzo (2023): The Buffering Effects of Right-Wing Authoritarianism on Future Anxiety: the Mediating Role of COVID-19-Related Demoralization and Perceived Risk, online: <https://link.springer.com/article/10.1007/s43076-023-00346-z> (Zugriff 22.10.2025).

Rauschenbach, Thomas/ Mühlmann, Thomas/ Meiner-Teubner, Christiane et al. (2024): Kinder- und Jugendhilfereport 2024, Opladen, Berlin, Toronto, online:

<https://shop.budrich.de/wp-content/uploads/2023/11/9783847419785.pdf>

(Zugriff 22.10.2025).

Roos, Janette (2018): Entwicklung von Wertevorstellungen und Moralverständnis bei Kindern, in: Strohmer, Janina: Psychologische Grundlagen für Fachkräfte in Kindergarten, Krippe und Hort, Bern, S. 193-201.

Salzborn, Samuel (2020): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, 4. aktualisierte und erweiterte Auflage, Bonn.

Schnetzer, Simon/ Hampel, Kilian/ Hurrelmann, Klaus (2024): Study shows young people in Germany are worried about their future, online: <https://www.simon-schnetzer.com/blog/jugend-in-deutschland-2024-veroeffentlichung-der-trendstudie> (Zugriff 22.10.2025).

Leerstelle (R)Age?

Radikalisierung in der zweiten Lebenshälfte als Herausforderung für die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit

Autor: Benedikt Friedrich

1. Abstract

Radikalisierung in der zweiten Lebenshälfte ist bislang in öffentlicher Wahrnehmung, Forschung und Ausstiegsarbeit wenig beachtet. Die Aufmerksamkeit gilt meist Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dabei engagieren sich auch ältere Menschen in demokratiefeindlichen Milieus, radikalieren sich online oder festigen extremistische Weltbilder in späteren Lebensabschnitten. Eine mangelnde Sensibilisierung für zielgruppenspezifische Bedürfnisse und Vulnerabilitätsfaktoren sowie Fragen der Erreichbarkeit von älteren Personen stellen Fachpraxis und Politik vor neue Herausforderungen.

Das Policy Paper plädiert dafür, diese Zielgruppe stärker in den Blick zu nehmen. Es benennt Leerstellen, zeigt Handlungsbedarfe auf und formuliert Empfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen. Neben einer besseren empirischen Datenlage braucht es verlässliche Förderstrukturen, geeignete Zugänge zur Zielgruppe sowie eine stärkere gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex. Hierbei ist die Arbeit von **dist[ex] – Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit** ein wichtiger erster Schritt. Um das Thema langfristig verankern zu können, sind jedoch weitere Impulse auf fachlicher, struktureller und politischer Ebene notwendig.

2. Radikalisierung – ein „Jugendproblem“?

Der tödliche Angriff auf den Angestellten einer Tankstelle in Idar-Oberstein im Jahr 2021. Festnahmen bei einer Großrazzia im Jahr 2022 von insgesamt 25 Personen einer Terrorgruppe mutmaßlicher „Reichsbürger“, die einen gewaltsamen Umsturz des Staates planten. Der Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt im Dezember 2024.

Eine auffällige Gemeinsamkeit dieser Fälle, die sich ansonsten ideologisch sowie in ihrem Tathergang stark voneinander unterscheiden: Bei Tätern und Festgenommenen handelte es sich um Personen von ca. 50 Jahren bis hin zu über 70-jährigen Pensionär*innen und Rentner*innen. Diese Menschen gehören demnach zu einer Altersgruppe ab Mitte 40 (ein Alter, ab dem die sogenannte „zweite Lebenshälfte“ beginnt), die bislang selten in einem gemeinsamen Atemzug mit Radikalisierung oder Extremismus genannt wurde.

Auch wenn keine einheitliche und allgemein anerkannte wissenschaftliche Definition von Radikalisierung¹ vorherrscht, konnte man bislang den Eindruck eines gewissen Konsenses in der Fachwelt darüber gewinnen, dass Hinwendungsprozesse zu extremistischen Einstellungen in erster Linie Jugendliche und junge Erwachsene betreffen. Die Verknüpfung von Radikalisierung und dem jugendlichen Lebensabschnitt zieht sich hierzulande durch öffentliche Diskussionen, zahlreiche Publikationen, verschiedene Phänomenbereiche, zivilgesellschaftliche Projekte sowie Maßnahmen und Programme des Bundes und der Länder. Der Blick von Forschung und praktischen Angeboten auf „Personen der zweiten Lebenshälfte“ erfolgte bislang so gut wie gar nicht².

Viele sehen gerade im Jugendalter eine sensible Phase, in der Identitätsbildungsprozesse und entscheidende Prägungen von politischer

¹ Unter Radikalisierung verstehen wir nachfolgend nicht-lineare und multifaktorielle Prozesse, die nicht zwangsläufig in Gewalt münden. Es handelt sich dabei um stark individuelle Vorgänge, deren Komplexität stets Rechnung getragen werden muss (vgl. Abay Gaspar et al. 2018).

² Als eines der wenigen Forschungsprojekte, die sich dezidiert diesem Thema gewidmet haben, ist das Projekt „Rechtsextremismus im Alter als Gefahr für Zusammenhalt und Engagement in Baden-Württemberg (RAGE)“ hervorzuheben (vgl. Hebbelmann/ Müller 2024).

Orientierung stattfinden. Die Bewältigung der Aufgabe, sowohl eine eigene Identität herauszubilden als auch eine Befähigung zur gesellschaftlichen Teilhabe zu entwickeln, könne demnach zu einem Spannungsfeld führen, aufgrund dessen gerade Jugendliche in besonderem Maß anfällig für extreme Denkweisen bis hin zur Ausübung von Gewalt seien (vgl. Lamberty 2013: 140). Hinzu kommen praktische Rahmenbedingungen, die diesen Fokus weiter manifestieren: Zunächst ist eine jugendliche Zielgruppe aufgrund von Regelstrukturen wie der Schulpflicht, aber auch durch Angebote der Jugendarbeit schlichtweg gut und konstant erreichbar. Weiterhin kann es als effektiver gesehen werden, sich vorrangig mit jungen Menschen zu beschäftigen, da sie gesellschaftliche Strukturen länger mitprägen als ältere Menschen. So fördern große Bundesprogramme wie „Demokratie leben!“ des Familienministeriums in erster Linie Maßnahmen, die sich schwerpunktmäßig an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene richten (vgl. BMFSFJ 2024: 1167).

Auch wenn die Grundannahme zutrifft, dass sich immer wieder junge Menschen aus verschiedensten Gründen radikalisierten und sich extremistischen Akteur*innen anschließen und diese somit keinesfalls aus dem Blick pädagogischer und präventiver Maßnahmen fallen dürfen, wird nachfolgend für eine Weitung dieser Perspektive in der Präventionslandschaft plädiert.

3. Radikalisierung in der zweiten Lebenshälfte

Nicht nur die eingangs erwähnten Beispiele verdeutlichen den Bedarf nach einer besseren Erschließung der Zielgruppe. Auch wenn die Forschungslage zu radikalisierten Personen der zweiten Lebenshälfte bislang ungenügend ist (vgl. Pohl/ Wiedemann 2025: 21), lassen sich valide Anhaltspunkte und Indizien dafür finden, dass es sich hierbei nicht etwa um sonderbare Einzelfälle, sondern vielmehr um ein größeres gesellschaftliches Phänomen handelt.

Radikalisierungsprozesse sowie Hinwendungsmotive zu extremistischen Einstellungen sind auch in jener fortgeschrittenen Lebensphase zu beobachten. Grundlegend für derartige Prozesse ist oftmals ein Zusammenspiel aus sogenannten *Pushfaktoren*, die Individuen anfälliger für radikales Gedankengut

und Propaganda von extremistischen Akteur*innen machen und *Pullfaktoren*, unter denen man Strategien und Anwerbungsmethoden versteht, die anfällige Individuen in extremistische Netzwerke führen.

Im Kontext von Pushfaktoren wird häufig die Lebensphase der Adoleszenz bei Heranwachsenden benannt, in der diese einer besonderen Vulnerabilität und einer erhöhten Anfälligkeit für extremistische Sichtweisen ausgesetzt sind. Umbruchs- und Schwellenphasen lassen sich jedoch ebenfalls bei Personen des gehobenen Alters beobachten. Gerade in der zweiten Lebenshälfte sehen sich viele Individuen mit Veränderungen ihres Alltags und biografischen Herausforderungen konfrontiert. Die eigenen Kinder werden erwachsen und verlassen das Haus, der Übergang von der jahrelangen Erwerbstätigkeit hin zum Renteneintritt steht an, Todesfälle im familiären Umfeld sowie im Freundeskreis häufen sich. Hinzu kommen körperliche Veränderungsprozesse wie Hormonumstellungen (etwa bei den Wechseljahren) oder altersbedingte Gesundheitsfragen. Bisweilen können diese Umbrüche in subjektive Krisen- oder Ohnmachtserfahrungen münden: von finanziellen Problemlagen bedingt durch einen geringen Rentenanspruch über Gefühle von Einsamkeit oder sozialer Isolation aufgrund mangelnder gesellschaftlicher Teilhabe bis hin zur Angst vor Bedeutungslosigkeit, physischem Leiden und Tod. Ein abnehmendes Selbstwertgefühl kann sich neben körperlichen Veränderungen auch aus dem Eindruck der Überforderung in einem zunehmend technologisierten Alltag ergeben.

Deutlich werden sollte, dass Bedürfnisse wie das Verlangen nach Gemeinschaft, Zugehörigkeit, Sinn, Orientierung, Wertschätzung, Beteiligung und Selbstwirksamkeit keineswegs auf eine jugendspezifische Phase reduzierbar sind, sondern bis ins gehobene Alter relevant bleiben und dort sogar erneut eine gesteigerte Bedeutung erfahren können. Pullfaktoren, also extremistische Ansprachen, Angebote oder Weltbilder, die ebenjene Bedürfnisse zu befriedigen versuchen, sind folglich ebenso für Personen der zweiten Lebenshälfte entscheidend.

Anschaulich werden diese Tendenzen etwa am Beispiel des Milieus der sogenannten „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“. Berichte des Verfassungsschutzes Bayern sowie des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg stimmen in ihren Beobachtungen überein, dass ein Großteil des entsprechenden Personenpotenzials jenseits der 50 Jahre liegt (vgl. LfV BW 2021; BayLfV o. J.). Die dort präsenten starken historischen Bezüge in Kombination mit pseudo-juristischen Auseinandersetzungen sprechen demnach besonders eine ältere Zielgruppe an und bieten mit ihren Weltbildern mitunter Lösungsansätze für finanzielle Krisen oder Identitäts- und Zugehörigkeitsfragen (vgl. LfV BW 2021).

Eine ähnliche Altersstruktur ließ sich im sogenannten „Querdenken“-Milieu feststellen, einer ideologisch sehr heterogenen Gruppe mit Überschneidungen zu rechtsextremen, esoterischen und verschwörungsideologischen Szenen, die im Zuge der Corona-Pandemie gegen staatliche Schutzmaßnahmen mobilisierte (vgl. Koos 2021: 3; Frei/ Nachtwey 2021: 7). Die (Online-)Ansprachen der Querdenken-Bewegung boten in dieser Zeit wirksame Anknüpfungspunkte zu alltagsrelevanten Themen wie Überforderungen aufgrund von Existenzängsten, Gefühlen der Einsamkeit oder Wut gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen. Der Wunsch nach Gemeinschaft, Sinn und Orientierung wurde dort ebenso bedient wie (teils gewaltvolle) Bestrebungen zur Rebellion gegen den Staatsapparat (vgl. Friedrich 2023: 158f.). Bis heute sind Teile dieser Bewegung aktiv und mobilisieren zu verschwörungsideologisch aufgeladenen Anschlussthemen, etwa dem Krieg in der Ukraine oder dem Misstrauen gegen Politik und öffentlich-rechtlichen Medien (vgl. Behme 2022; Lösch 2025).

Auch wenn eine Alterskohorte als solche keinesfalls unter einen Generalverdacht gestellt werden sollte und die aufgezeigten Vulnerabilitätsfaktoren nie in gleicher Weise auf Alle zutreffen, gibt es neben jenen beschriebenen Push- und Pullfaktoren, auch erste wissenschaftliche Erkenntnisse, die bestimmte Anfälligkeiten dieser Zielgruppe sichtbar machen. So scheinen etwa gerade ältere Menschen verstärkt zum Glauben an Verschwörungserzählungen zu tendieren oder weniger misstrauisch gegenüber digitaler Manipulation und

Meinungsmache und somit weniger kompetent im Umgang mit Falschmeldungen im Netz zu sein als jüngere Menschen (vgl. Pohl/ Wiedemann 2025: 24ff.).

Zusammengenommen wird die Notwendigkeit deutlich, diese Zielgruppe verstärkt in den Blick zu nehmen und darauf aufbauend Angebote sowie Strukturen zu schaffen, die sich an den Bedürfnissen und spezifischen Lebenswelten von Personen in der zweiten Lebenshälfte orientieren. Damit dies nachhaltig und wirkungsvoll gelingen kann, müssen sich Akteur*innen der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit sowie politische Entscheidungsträger*innen bestimmten Herausforderungen stellen.

4. Die ältere Zielgruppe als neue Herausforderung für die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit

Allen voran bedarf es im phänomenübergreifenden Feld der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit einer grundsätzlichen Sensibilisierung für Personen der zweiten Lebenshälfte. Damit einher geht die Erkenntnis, dass die Betrachtung von Radikalisierungsprozessen und Hinwendungsmotiven zu extremistischen Einstellungen als dezidierte „Jugendprobleme“ oder Jugendphänomene eine verkürzte Sichtweise darstellt. Die Annahme, dass menschenfeindliche Einstellungen in jüngeren Generationen ausgeprägter als in älteren seien, kann ebenso wenig bestätigt werden (vgl. Zick/ Berghan/ Mokros 2020), wie die Vorstellung, dass Veränderungsprozesse lediglich in der Adoleszenz und nicht mehr im gehobenen Alter von Relevanz seien (vgl. Specht/ Luhmann/ Geiser 2014).

Dazu gehört es auch, jene Zielgruppe mit ihrer Vielfalt an Themen, Bedürfnissen und Lebensrealitäten wahrzunehmen, ohne dabei zu stigmatisieren oder pauschalisierende und abwertende Annahmen zu treffen. Sarkastische Bezeichnungen wie „Rollator-Putsch“, „Rentnergang“ oder „vergreiste Verwirrte“, die im Zusammenhang mit den Festnahmen der mutmaßlichen „Reichsbürger“-Gruppierung Ende 2022 in öffentlichen Diskussionen fielen (vgl. Stöcker/ Stegers/ Ziock 2024: 15f.), diskreditieren einerseits ältere Bevölkerungsgruppen

und verharmlosen andererseits die potenzielle Gewaltbereitschaft sowie die ideologisch verfestigten, menschenfeindlichen Ansichten, die bei jenem bestimmten Milieu zu beobachten sind.

Eine weitere Herausforderung, der sich in diesem Kontext gewidmet werden muss, ist die Frage der Erreichbarkeit von älteren Zielgruppen und die Reflexion darüber, wer durch welche Angebote wie angesprochen werden kann. Gerade vor dem Hintergrund von in extremistischen Weltbildern häufig etablierten Feindbildern gegenüber Wissenschaft, Politik und Medien erscheint es herausfordernd, ebenjene Zielgruppe zur freiwilligen Partizipation an beispielsweise staatlich finanzierten oder von parteipolitischen Stiftungen durchgeführten Angeboten zu motivieren. Hier bedarf es sorgsamer Ansprachen sowie kreativer bis unkonventioneller Ideen der aufsuchenden Arbeit, um mit jenen Menschen sowohl online wie auch offline in Kontakt treten zu können und ihnen zielgerichtet attraktive und lebensweltnahe Alternativen zu extremistischen Angeboten zu präsentieren. Hilfreich wären hier Netzwerkstrukturen und Kooperationen mit bestehenden Institutionen, die teils eng in den Lebenswelten älterer Menschen verankert sind, von Volkshochschulen, Betrieben, Altersheimen, bis hin zu Mehrgenerationenhäusern, Vereinsheimen oder Seelsorgediensten. Ebenso sollte ein indirektes Erreichen der Zielgruppe über Angehörige und ihnen nahestehende Personen beachtet werden. So können bestehende Vertrauensverhältnisse genutzt und Beziehungen durch dezidierte Beratungs- und Hilfsangebote für das Umfeld von Betroffenen gestärkt werden. Darüber hinaus erscheint es vielversprechend, ältere Personen nicht nur als Rezipient*innen, sondern ebenso als kompetente Multiplikator*innen und Gestaltende in Präventionsmaßnahmen einzubinden (vgl. Hebbelmann/ Müller 2024: 36).

Dem zugrunde liegt stets eine herausfordernde Finanzierungslogik, mit der Träger und Projekte der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit konfrontiert sind. Die Tatsache, dass es in diesem Kontext bisher nur in stark begrenztem Umfang spezifische Maßnahmen oder Angebote für ältere Zielgruppen gab, hängt sicherlich auch mit der finanziellen Abhängigkeit von Projektausschreibungen zusammen. Wenn ein Großteil der geförderten Maßnahmen (etwa von Ministerien

oder Stiftungen) explizit eine Fokuszielgruppe von „Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ in den Blick zu nehmen hat, schlägt sich dies konsequenterweise auch in der bestehenden Projektlandschaft nieder.

Damit die Pionierarbeit von Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit mit Personen der zweiten Lebenshälfte gelingen kann, müssen demnach gerade auf politischer Ebene die grundlegenden Weichen für ein nachhaltiges Handeln in diesem Bereich gestellt werden.

5. Was jetzt getan werden muss - Forderungen an die Politik

5.1. Sensibilisierung erhöhen:

Radikalisierung in der zweiten Lebenshälfte muss in politischen Diskursen und Strategiepapieren künftig stärker berücksichtigt werden. Nur so können Leerstellen minimiert werden und ein umfassenderes Lagebild entstehen.

5.2. Förderlandschaft diversifizieren:

Förderaufrufe sollten künftig explizit auch ältere Zielgruppen als Adressat*innen in den Blick nehmen. Das Demokratiefördergesetz, welches in der Vergangenheit bereits diskutiert wurde, würde ebenjene altersunabhängige Förderung berücksichtigen.

5.3. Trägerstrukturen nachhaltig absichern:

Für die Entwicklung altersspezifischer Ansprachen und Angebote braucht es nachhaltige Förderungen. Eine langfristige und verlässliche Finanzierung schafft Planungssicherheit und ermöglicht den gezielten Aufbau von Fachstrukturen und altersgerechten Zugängen in diesem bislang unterrepräsentierten Feld.

5.4. Wissenschaft und Forschung stärken:

Es braucht eine gezielte Förderung von interdisziplinärer Forschung zu Radikalisierungsprozessen älterer Menschen sowie zu altersspezifischen Ansprachen extremistischer Akteur*innen. Fundierte empirische Erkenntnisse sind die Grundlage für passgenaue Präventions- und Interventionsangebote.

5.5. Lebensweltnahe Netzwerke aufbauen:

Die Zusammenarbeit mit Institutionen, die im Alltag älterer Menschen präsent sind – z.B. Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Betriebe oder Seniorenbüros – muss strategisch ausgebaut und gestärkt werden. So lassen sich Zielgruppen niedrigschwellig erreichen.

5.6. Zugang über das soziale Umfeld ermöglichen:

Angehörige spielen eine Schlüsselrolle, wenn es um die Ansprache von Betroffenen geht. Beratungsangebote für das soziale Umfeld sollten weiter ausgebaut und stärker bekannt gemacht werden.

5.7. Digitale Resilienz fördern:

Viele ältere Menschen benötigen mehr Unterstützung im Umgang mit digitalen Medien. Programme zur Stärkung von Medien- und Informationskompetenz können einen wichtigen Beitrag zur Erkennung von Desinformation leisten.

6. Fazit

Radikalisierung im höheren Lebensalter ist kein Randphänomen, sondern in Anbetracht des demografischen Wandels eine wachsende Herausforderung, die

verstärkt in die Wahrnehmung von Gesellschaft und Präventionsarbeit rücken muss. Diesem Thema nimmt sich **dist[ex] – Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit** künftig an und verankert es phänomenübergreifend stärker in der Fachpraxis. Doch um eine Zielgruppe der zweiten Lebenshälfte nachhaltig zu erreichen, braucht es zusätzliche Maßnahmen, langfristige Förderstrukturen und ein erweitertes politisches Problembewusstsein.

Literaturverzeichnis

Abay Gaspar, Hande; Daase, Christopher; Deitelhoff, Nicole; Junk, Julian; Sold, Manjana (2018). *Was ist Radikalisierung? Präzisierungen eines umstrittenen Begriffs. PRIF Report 05/2018*. Frankfurt am Main: Hg. V. Leibnitz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) & Peace Research Institute Frankfurt (PRIF).

Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) (o. J.). *Reichsbürger und Selbstverwalter*. Abgerufen unter https://www.stmi.bayern.de/sus/verfassungsschutz/reichsbuerger_selbstverwalter/index.php#:~:text=Die%20Altersstruktur%20der%20Reichsb%C3%BCrger%20und,ist%2050%20Jahre%20oder%20%C3%A4lter [Stand: 15.04.2025].

Behme, Pia (2022). *Die "Querdenken"-Szene findet neue Narrative*. Abgerufen unter <https://www.deutschlandfunk.de/die-querdenken-szene-findet-neue-narrative-100.html> [Stand: 15.04.2025].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2024). *Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie (Förderrichtlinie „Demokratie leben!“*. Abgerufen unter <https://www.demokratie-leben.de/dl/programm/ueber-demokratie-leben-> [Stand: 15.04.2025].

Frei, Nadine; Nachtwey, Oliver (2021). *Quellen des „Querdenkertums“: Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg*. Basel: Universität Basel, Basler Arbeitspapiere zur Soziologie, 5.

Friedrich, Benedikt (2023). Alternativen zu verqueren Ansprachen: wie Politische Bildung auf Online-Strategien der Querdenken-Bewegung reagieren kann. In: *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Netzkulturen und Plattformpolitiken, Band 14*. Jena, 152-163.

Hebbelmann, Dennis; Müller, Tobias Arthur (2024). *RAGE BW – Rechtsextremismus im Alter als Gefahr für Engagement und Zusammenhalt in Baden-Württemberg: Projektbericht*. Abgerufen unter https://www.researchgate.net/publication/380733933_RAGE_BW_-

Rechtsextremismus_im_Alter_als_Gefahr_fur_Engagement_und_Zusammenhalt_in_Baden-Wuerttemberg_PROJEKTBERICHT [Stand: 15.04.2024]

Koos, Sebastian (2021). Die „Querdenker“. Wird nimmt an Corona-Protesten teil und warum? Ergebnisse einer Befragung während der „Corona-Proteste“ am 04.10.2020 in Konstanz. Konstanz: Universität Konstanz.

Lamberty, Pia (2013). Methodologische Schwierigkeiten und Herausforderungen einer quantitativen Radikalisierungsforschung am Beispiel des Rechtsextremismus. Ein Über- und Ausblick. In: *Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur* 2013 (3), 115-181.

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV BW) (2021). *Alters- und Geschlechterstruktur unter Rechtsextremisten und „Reichsbürgern“*. Abgerufen unter https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Alters-+und+Geschlechterstruktur+unter+Rechtsextremisten+und+_Reichsbuergern_ [Stand: 15.04.2025].

Lösch, Julia (2025). *Querdenker: Warum die Szene weiter protestiert*. Abgerufen unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/querdenker-szene-aktuell-corona-pandemie-proteste-100.html> [Stand: 15.04.2025].

Pohl, Sarah; Wiedemann, Mirijam (2025). Abgetaucht, radikalisiert, verloren? Die Generation 50+ im Sog der Filterblasen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Specht, Jule; Luhmann, Maike; Geiser, Christian (2014). On the consistency of personality types across adulthood: Latent profile analyses in two large-scale panel studies. *Journal of Personality and Social Psychology* (107), 540-556.

Stöcker, Christian; Stegers, Fiete; Ziock, Jonas (2024). „Vergreiste Verwirrte“, „Medienspektakel“ und „Operetten-Putsch“: Social-Media-Narrative zur „Reichsbürger-Razzia“ am 07.02.2022. Hamburg: Hg. V. Institute for Strategic Dialogue gGmbH (ISD Germany)/NOTORIOUS.

Zick, Andreas; Berghan, Wilhelm; Mokros, Nico (2020). Jung, feindselig, rechts!? Menschenfeindliche, rechtspopulistische und -extreme Orientierungen im

intergenerativen Vergleich. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 2020 (23), 1149-1178.

Zwischen Haft und Rückkehr – Politische Optionen im Umgang mit inhaftierten /IS-Anhängern aus Deutschland

(Kurzfassung³)

Autor*innen: Fabian Wichmann, Hanno Schedler, Claudia Dantschke (Grüner Vogel e. V.)

1. Abstract

In Nordostsyrien befinden sich knapp über 40 männliche Personen aus Deutschland, sogenannte Foreign Terrorist Fighters (FTF), in Haft - ohne Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren, Rechtsbeistand oder humanitärer Versorgung. Dies hat in zwei bestätigten Fällen zum Tod geführt (vgl. Beres 2025). Diese 40 Personen machen nur einen Bruchteil der rund 9.000 männlichen Mitglieder des Islamischen Staates (IS) aus, die in dem kurdisch geführten Haftsystem verbleiben. Ob dieses Haftsystem weiter existieren kann, ist aufgrund der instabilen Sicherheitslage in Syrien fraglich.⁴ 30 Inhaftierte sind deutsche Staatsbürger, ein weiteres Dutzend verfügt über dauerhafte Bindungen nach Deutschland (vgl. Koller/Mrvová 2025). Ihre Situation steht symbolisch für eine tiefgreifende sicherheitspolitische, rechtliche und humanitäre Verantwortung: der anhaltende Verbleib in rechtlosem Gewahrsam kann von extremistischen Milieus als Märtyrer-Narrativ aufgegriffen und unter Jugendlichen radikalisierungsfördernd weiterverbreitet werden. Dieses Narrativ spielte bereits bei der damaligen Radikalisierung eine zentrale Rolle. Unter den Inhaftierten befinden sich auch Väter deutscher Kinder, sodass neben der sicherheitspolitischen und menschenrechtlichen Perspektive auch Fragen des Kindeswohls in der Auseinandersetzung mit Rückführungspolitiken zwingend mitzudenken sind.

³ Eine Langfassung dieses Policy Papers ist unter: <https://gruenervogel.de/mediale-welt/publikationen/> abrufbar.

⁴ Redaktionsschluss für diesen Text ist der 11.10.2025.

Auf Basis der vorliegenden Analyse ergeben sich folgende vorrangige Handlungsbedarfe:

- **Sicherheit und Strafverfolgung:** Die Rückkehr inhaftierter Personen nach Deutschland eröffnet staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren die Möglichkeit, Informationen über Netzwerke, Mittäter*innen und potenzielle zukünftige Straftaten zu gewinnen. Sie ermöglicht die strafrechtliche Aufarbeitung schwerster Menschenrechtsverletzungen.
- **Deradikalisierung und Prävention:** In den Haftlagern in Nordostsyrien bestehen keine professionellen Angebote zur Distanzierung von extremistischen Ideologien. In Deutschland hingegen erhalten Rückgeführte Zugang zu bewährten Maßnahmen der psychologischen Stabilisierung, ideologischen Aufarbeitung und sozialen Reintegration.
- **Symbolwirkung:** Die kontrollierte Rückführung widerspricht jihadistischen Narrativen von staatlicher Gleichgültigkeit und stärkt das Vertrauen in rechtsstaatliche Prinzipien.
- **Rechtssicherheit und Menschenrechtsschutz:** Nur durch Rückholung lässt sich ein rechtstaatliches Verfahren nach deutschem und europäischem Recht gewährleisten. Betroffene erhalten Zugang zu anwaltlicher Vertretung und gerichtlicher Überprüfung ihrer Haftbedingungen.
- **Stabilisierung der Region:** Die Entlastung des kurdisch geführten Haftsystems durch Rückführung deutscher Bürger trägt zur Stabilisierung Nordostsyriens bei. Gleichzeitig setzt Deutschland damit ein Signal an andere europäische Staaten, sich ihrer Verantwortung nicht zu entziehen.
- **Gesundheitsschutz:** In den überfüllten und unterversorgten Haftlagern sind Gefangene teils lebensbedrohlichen Zuständen ausgesetzt. Eine Rückführung ermöglicht Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und schützt vor weiteren Menschenrechtsverletzungen.

2. Deradikalisierung und Reintegration über bewährte, handlungsfähige Netzwerke

Das deutsche Modell im Umgang mit zurückkehrenden Foreign Terrorist Fighters gilt in der Fachwelt als beispielhaft (vgl. Renard/Coolsaet 2018). In der Bundesrepublik hat sich eine belastbare Struktur von gemeinnützigen Beratungsstellen mit Schwerpunkten in der Deradikalisierungsarbeit, Rückkehrbegleitung und familiären Krisenintervention im Kontext von religiös begründetem Extremismus entwickelt (vgl. Koller 2019). In den letzten Jahren konnte die erfolgreiche Rückführung von Frauen und Kindern, die beim Islamischen Staat gewesen waren, mit anschließender psychologischer Stabilisierung, juristischer Aufarbeitung und ideologischer Distanzierungsarbeit umgesetzt werden – insbesondere, wenn Angehörige ein tragfähiges soziales Netz bereitstellen.

Die Rückführung und Reintegration zum IS ausgereister Frauen ist in den vergangenen Jahren in Deutschland in ein stabiles Netzwerk eingebettet worden:

- Die Radikalisierungshotline des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fungiert bundesweit als niedrigschwellige Erstkontaktstelle.
- In fast allen Bundesländern existieren inzwischen anerkannte Beratungsstellen für Deradikalisierung, mit teilweise jahrzehntelanger Erfahrung in der Deradikalisierung.
- Auf Ebene der Länder wurden Rückkehrkoordinator*innen installiert, die als Schnittstelle zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen fungieren.
- Bei den Verfolgungs- und Sicherheitsbehörden bestehen Erfahrungen mit Rückkehrfällen mit Fokus auf Gefährdungseinschätzung, Anklageerhebung und Sicherheitsüberwachung.
- Der interdisziplinäre Ansatz wird flankiert durch Bewährungshilfe, Familienberatung, religiöser Bildung, Traumatherapie sowie wissenschaftlicher Begleitforschung.

Diese Strukturen können die Rückführung männlicher IS-Gefangener rechtsstaatlich und professionell absichern.

3. Politische Empfehlungen

Aufgrund der langjährigen Erfahrung in der zivilgesellschaftlichen Arbeit mit Rückkehrer*innen im Bereich der Deradikalisierung wird die Umsetzung folgender Maßnahmen empfohlen:

Aufklärung über den Verbleib und Gesundheitszustand der Inhaftierten: Die Bundesregierung sollte bestehende diplomatische Kanäle zur syrischen Übergangsregierung und zur Autonomieverwaltung Nordostsyriens (AANES) nutzen, um aktuelle Informationen über den Verbleib und den Gesundheitszustand deutscher Gefangener zu erlangen.

Zugang für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) gewährleisten: Deutschland sollte sich dafür einzusetzen, dass das IKRK-Zugang zu den Haftanstalten erhält, in denen sich deutsche Gefangene befinden. Gefangenen sollten Briefe ihrer Familien erhalten sowie selbst Kontakt nach außen aufnehmen können.

Rechtsstaatliche Mindeststandards sicherstellen: Die Bundesregierung sollte darauf hinwirken, dass deutsche Gefangene in Nordostsyrien Zugang zu anwaltlichem Beistand erhalten, sei es durch Mandatierung eigener Rechtsanwält*innen oder durch Vermittlung entsprechender Kontakte.

Gestufte Rückführung mit klaren Kriterien vorbereiten: Es wird empfohlen, die Rückführung männlicher Gefangener in mehreren Phasen vorzubereiten, orientiert an den Verfahren der vergangenen Rückführungen von Frauen und Kindern. Dabei sollten Rückkehrwilligkeit, Gesundheitszustand und mutmaßliche Straftaten berücksichtigt werden. Ergänzend wird angeregt, gemeinsam mit internationalen Partnern eine Liste rückkehrwilliger Personen zu erstellen und ihre Identität durch DNA-Tests sowie Unterlagen von Angehörigen zu verifizieren, um die Ausstellung vorläufiger Reisedokumente zu ermöglichen.

Koordination von Rückkehr, Strafverfolgung und Reintegration stärken: Es sollte ein interdisziplinäres und bundesweit koordiniertes Verfahren etabliert werden, das Rückführung mit rechtsstaatlicher Strafverfolgung sowie strukturierter Deradikalisierungs- und Integrationsarbeit verbindet. Neben den Justiz- und Sicherheitsbehörden sind hierfür spezialisierte Beratungsstellen, psychosoziale Fachkräfte sowie auf Landesebene Rückkehrkoordinator*innen einzubeziehen.

Sicherheit der Haftanstalten: Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit internationalen Partnern die Sicherheitslage der Haftanstalten Nordostsyriens beobachten. Angesichts der instabilen Lage drohen Ausbrüche oder Freilassungen ohne Verfahren. Um unkontrollierte Rückkehr und Straflosigkeit zu vermeiden, sind frühzeitig koordinierte Rückführungsoptionen vorzubereiten.

4. Rückholungen

4.1. Umgang der Herkunftsstaaten mit männlichen /S-Angehörigen

Die Herkunftsstaaten der seit Jahren in kurdischer Haft befindlichen männlichen /S-Mitglieder fürchten, dass die Rückgeholten terroristische Anschläge begehen könnten. Die „Aufbewahrung“ in kurdischer Haft mag auf den ersten Blick als geringeres Risiko erscheinen. Staaten wie Frankreich, das Vereinigte Königreich oder Australien haben einigen IS-Mitgliedern die Staatsbürgerschaft entzogen. 2019 beschloss der Deutsche Bundestag, dass im Fall der Teilnahme an Kampfhandlungen für eine Terrormiliz im Ausland die Staatsbürgerschaft entzogen werden kann, was aber nur für Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft und nicht rückwirkend gilt (vgl. Deutscher Bundestag 2019). Im September 2025 wurde bekannt, dass 47 Personen mit französischer Staatsbürgerschaft von den SDF⁵ an den Irak übergeben wurden, wo ihnen die Todesstrafe droht (vgl. Le Monde 2025).

⁵ SDF – Demokratische Kräfte Syriens, eine bewaffnete Allianz im Nordosten Syriens, die unter dem Dach der AANES operiert.

4.2. Rückholung von Frauen und Kindern

Deutschland hat seit 2019 28 Frauen, 84 Kinder und einen jungen Mann⁶ aus Nordostsyrien zurückgeholt.⁷ Hierbei kooperierten der Bundes- und Landesbehörden, Jugendämter und psychotherapeutische und Deradikalisierungseinrichtungen (vgl. Rüssmann 2025). Etwa die Hälfte der zurückgeholten Frauen wurde direkt nach der Rückholung inhaftiert und anschließend vor ein Gericht gestellt. Bei denen, die zunächst nach Hause gehen konnten, führten die Ermittlungen in zwei Dritteln der Fall im Nachgang zu einer Anklage.⁸ Keine der zurückgeholten Personen ist seither erneut straffällig geworden.

4.3. Sicherheits- und Präventionsperspektive

Die anhaltende Inhaftierung deutscher IS-Anhänger in Nordostsyrien birgt erhebliche sicherheits- und präventionspolitische Risiken infolge der prekären Sicherheitssituation in Nordost- und Gesamtsyrien, struktureller Mängel im Haftsystem und fehlender rechtsstaatlicher Rahmenbedingungen.

4.4. Sicherheitssituation

Der Islamische Staat kontrolliert seit 2019 zwar kein festes Territorium in Syrien mehr, ist aber weiterhin äußerst aktiv. Bei einem IS-Angriff im Januar 2022 auf ein Gefängnis in Nordostsyrien wurden 500 Menschen getötet und Dutzende IS-Kämpfer befreit. Die verringerte militärische und finanzielle Unterstützung seitens der aktuellen US-Regierung macht es für die kurdischen Sicherheitskräfte schwieriger, die Ordnung in den Lagern aufrechtzuerhalten. Im Falle eines

⁶ Er wurde im Juli 2023 von einem Hamburger Gericht wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt und im Dezember 2024 vorzeitig aus der Haft entlassen.

⁷ Die Beratungsstelle Leben des Vereins Grüner Vogel e.V. war in mehrere dieser Rückführungsaktionen aktiv involviert.

⁸ Teilweise kam es erst 3 bis 5 Jahren nach der Rückholung zu einer Anklage.

Angriffs der Türkei, von ihr unterstützter Milizen oder der syrischen Armee würden SDF-Einheiten vom Wachdienst abgezogen.

Die Massaker an den alawitischen und drusischen Minderheiten, an denen auch Sicherheitskräfte der Übergangsregierung beteiligt waren, haben das Misstrauen der ethnischen und religiösen Minderheiten gegenüber der Übergangsregierung des einstigen Jihadisten Ahmed al-Sharaa bestätigt (vgl. Van Wilgenburg 2025). Es erscheint derzeit unwahrscheinlich, dass die SDF die Lager und Gefängnisse der Regierung übergeben.

4.5. Folgen der prekären Haftbedingungen

Die Sonderberichterstatterin für Menschenrechte bei Terrorismusbekämpfung bilanzierte nach ihrem Nordostsyrien-Besuch im Jahr 2023, in den Haftanstalten herrschten „[] Willkür und unbestimmte Dauer der Inhaftierung, [] prekäre und harte [] Lebensbedingungen, darunter unzureichende Unterkünfte, offene Abwasserkanäle, vielfältige Formen von Gewalt und Zwang, eingeschränkter Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen, vorhersehbar schlechte Gesundheitsversorgung [und] eingeschränkte Bildung für Kinder“ (vgl. Special Rapporteur 2023). In Kombination mit der weitgehenden Abwesenheit internationaler Kontrolle entsteht ein Milieu, das radikale Weltbilder nicht abbaut, sondern verfestigen oder reaktivieren kann. Einzelne, weiterhin überzeugte Extremist*innen übernehmen Leitfunktionen, schaffen interne Loyalitätsbindungen und verhindern aktiv Prozesse der Distanzierung. Insbesondere junge Gefangene bleiben in ihrer Identität als „Kämpfer“ oder „Opfer des Westens“ gefangen.

Auch wenn eine akute Gefährdung Deutschland oder Europas durch unmittelbare Anschläge durch diese Inhaftierten aktuell nicht gegeben ist, besteht das Risiko mittel- bis langfristiger Sicherheitsprobleme durch

- mögliche Ausbrüche oder Gefangenenaustausche in Folge militärischer oder politischer Instabilität,

- eine spätere Rückkehr ungeklärter Fälle ohne behördliche Vorbereitungszeit,
- das Entstehen neuer digitaler Unterstützungsnetzwerke,
- die Stilisierung dieser Gefangenen zu Märtyrern,
- das Fortwirken ideologischer Narrative, die durch fortgesetztes Wegsehen bestätigt werden.

4.6. Verpflichtung zur Rückholung

Bereits 2014 forderte der UN-Sicherheitsrat alle Mitgliedsstaaten auf, sich an der strafrechtlichen Verfolgung der aus ihrem Land stammenden Foreign Terrorist Fighters zu beteiligen (UN Security Council 2014). In der Vergangenheit führten deutsche Politiker*innen bei Fragen nach den inhaftierten männlichen IS-Angehörigen ins Feld, dass die AANES selbst angekündigt habe, IS-Angehörige vor Gericht zu stellen. Dies ist aber bis jetzt in Nordostsyrien in keinem Fall passiert (vgl. Römel 2025). Tatsächlich fordert die AANES ihre Rückholung durch Deutschland (vgl. ZDF Frontal 2025). Ein Problem für die Inhaftierten ist der fehlende Zugang zu anwaltlicher Beratung. In einem Urteil vom September 2022 kam der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zu dem Schluss, dass es zwar keinen generellen Rechtsanspruch auf Rückholung von IS-Anhänger*innen gebe, die EGMR-Mitgliedsstaaten jedoch eine rechtliche Verantwortung für ihre in Syrien in Haft befindlichen Staatsbürger*innen hätten. Es müsse eine rechtsstaatliche Möglichkeit geben, die Fälle der Inhaftierten vor Verwaltung und Gerichte der Herkunftsländer zu bringen (vgl. Sehl 2022).

4.7. Zivilgesellschaftliche Akteure

Zivilgesellschaftliche Träger wie Grüner Vogel e.V., Violence Prevention Network oder Vereinigung Pestalozzi gGmbH (Legato) spielen eine zentrale Rolle in der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit, insbesondere im Umgang mit Rückkehrer*innen aus jihadistischen Kampfgebieten. Als unabhängige Anlaufstellen bieten sie niedrigschwellige Zugänge für Ratsuchende,

insbesondere für jene, die staatlichen Stellen mit Misstrauen begegnen. Grüner Vogel e.V. war in diesem Kontext früh in die psychosoziale Begleitung zurückgeholter Frauen eingebunden und verfügt über umfassende Erfahrung in der Kombination aus Stabilisierung, fallbezogener Beratung und Einbindung therapeutischer Angebote. Fallbeispiele belegen, dass solche Begleitprozesse wirksam sind, wenn sie langfristig angelegt sind, politisch getragen werden und in ein kooperatives Unterstützungssystem eingebettet sind.

5. Fazit

Die Erfahrungen bei der Strafverfolgung und Reintegration von weiblichen IS-Mitgliedern, die zurückgeholt wurden, zeigt, dass der deutsche Rechtsstaat seiner Verantwortung gerecht werden kann. Die Sicherheitslage in Syrien ist so instabil, dass ein fortgesetztes Wegschauen gegenüber dem Schicksal der deutschen oder aus Deutschland gekommenen männlichen IS-Angehörigen gravierende Folgen haben könnte. Sollten sich die SDF bis Dezember nicht in die syrische Armee integriert haben, könnte die Türkei ein weiteres Mal einmarschieren, um die SDF zu zerschlagen und damit auch das existierende Haftsystem (vgl. New Arab 2025). Eine geordnete Rückholung und ein rechtsstaatliches Gerichtsverfahren sind sicherer als das mit einem weiteren Abwarten in Kauf genommene Risiko, dass die IS-Männer ausbrechen und dann in Syrien oder zurück in Deutschland Anschläge begehen.

Die Rückholung nach Deutschland stellt keinen Freispruch dar, sondern eröffnet den Rahmen für ein rechtsstaatliches Verfahren. Die Verbrechen des Islamischen Staates sind vielfach dokumentiert. Nach einer höchstwahrscheinlich eintretenden Haftstrafe müssen die aus Deutschland stammenden IS-Angehörigen die Möglichkeit erhalten, wieder Teil unserer Gesellschaft zu werden. Eine realistische, differenzierte Bewertung ersetzt pauschale Abwehr und ermöglicht es den deutschen Behörden, Informationen über Netzwerke, Logistik und andere Mittäter*innen zu erhalten, was ihnen bei der Prävention neuer Anschläge und der Strafverfolgung bislang unbekannt gebliebener IS-Unterstützer*innen helfen würde.

Literaturverzeichnis

Beres, Eric. 2025. „Toter Deutscher in IS-Gefängnis." *Südwestrundfunk*, 22. Mai, <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/swr-recherche-unit/IS-Todesfall-100.html>

Deutscher Bundestag. 2019. „Inneres - Deutsche IS-Kämpfer können künftig Staatsangehörigkeit verlieren." *Deutscher Bundestag*, 27. Juni. <https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2019/kw26-de-staatsangehoerigkeitsgesetz-646338>

Koller, Sofia. 2019. „Themenpapier - Reintegration von Rückkehrenden aus Syrien und dem Irak." *InFoEx Workshop, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin am 05.-06. Dezember 2019*. <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/reintegration-von-rueckkehrenden-aus-syrien-und-dem-irak>

Koller, Sofia & Mrvová, Iva. 2025. "Policy Paper: A Lawless Space - Alleged ISIS Affiliated Men and Boys from Germany detained in Northeastern Syria", *Counter Extremism Project*, 21. Mai. https://www.counterextremism.com/sites/default/files/2025-05/CEP%20Policy%20Paper_%20A%20Lawless%20Space_May%202025%20FINAL.pdf

Le Monde. 2025. "Over 40 French nationals linked to Islamic State sent from Syria to Iraq for trial." *Le Monde*, 18. September. https://www.lemonde.fr/en/international/article/2025/09/18/over-40-french-nationals-linked-to-islamic-state-sent-from-syria-to-iraq-for-trial_6745529_4.html

New Arab. 2025. "Sharaa says Turkey might attack Kurdish-led SDF if they don't integrate into Syrian army." *New Arab*, 20. September. <https://www.newarab.com/news/sharaa-says-turkey-may-attack-sdf-if-they-dont-join-syrian-govt>

Renard, Thomas & Coolsaet, Rik (Hrsg.). 2018. "Returnees: Who are they, why are they (not) coming back and how should we deal with them? Assessing policies

on returning foreign terrorist fighters in Belgium, Germany and the Netherlands (Egmont Paper No. 101)." *Egmont – Royal Institute for International Relations*, Februar 2018.

https://www.egmontinstitute.be/app/uploads/2018/02/egmont.papers.101_online_v1-3.pdf

Römel, Joseph. 2025. "Ex-IS-Kämpfer - Mutter kämpft um Sohn in kurdischer Haft." *Bayerischer Rundfunk*, 23. August.

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/ex-is-kaempfer-mutter-kaempft-um-sohn-in-kurdischer-haft,Utr4At8>

Rüssmann, Ursula. 2025. „Deutsche IS-Kämpfer sitzen in Lagern in Syrien fest." *Frankfurter Rundschau*, 23. Juni. <https://www.fr.de/politik/in-lagern-in-syrien-fest-deutsche-is-kaempfer-sitzen-93794916.html>

Sehl, Markus. 2022. „EGMR zur Rückholung aus Syrien. EU-Staaten trifft Verantwortung für Ihre IS-Anhänger." *Legal Tribune Online*, 14. September. <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/egmr-2438419-is-anhaengerinnen-islamischer-staat-syrien-camps-rueckholung-eu-europa-menschenrechte-frankreich>

Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism. 2023. "Technical Visit to the Northeast of the Syrian Arab Republic - End of Mission Statement." *Office of the High Commissioner for Human Rights*, 21. Juli.

<https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/issues/terrorism/sr/statements/EoM-Visit-to-Syria-20230721.pdf>

United Nations Security Council. 2014. "Resolution 2178 (2014), Adopted by the Security Council at its 7272nd meeting." *United Nations Security Council*, 24. September <https://docs.un.org/en/S/RES/2178> (2014)

United Nations. 2025. "UN experts urge end to ISIL-related arbitrary detention in North-East Syria and accountability for international crimes." *Office of the High Commissioner*, 07. April.

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/04/un-experts-urge-end-isil-related-arbitrary-detention-north-east-syria-and>

Van Wilgenburg, Wladimir. 2025. "Do the Suwayda Clashes in Syria Signal Future Clashes Between the Kurds and the New Syrian Regime?" *Jamestown Terrorism Monitor Volume: 23 Issue: 4*, 30. Juli.

<https://jamestown.org/do-the-suwayda-clashes-in-syria-signal-future-clashes-between-the-kurds-and-the-new-syrian-regime/>

ZDF Frontal. 2025. „Deutsche IS-Anhänger im syrischen Gefängnis -Wie gefährlich wäre ihre Rückkehr?" 26. Februar.

<https://www.zdf.de/play/magazine/frontal-das-magazin-100/spurensuche-deutsche-is-anhaenger-in-syrischen-gefaengnissen-100>

Sicherheit und Distanzierung durch Kooperation: Perspektiven auf das deutsche Erfolgsmodell der Extremismusprävention

Autor*innen: Thomas Mücke, Niklas von Reischach, Johanna West (Violence Prevention Network gGmbH)

1. Abstract

Radikalisierung und Gewaltbereitschaft in rechtsextremen und islamistischen Szenen stellen eine direkte Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland dar. Eine alleinige staatliche Intervention durch Strafverfolgung oder Überwachung ist unzureichend, um langfristige Distanzierung von extremistischen Szenen zu gewährleisten.

Deutschland verfügt über ein international einzigartiges Kooperationsmodell: zivilgesellschaftliche Expertise wird mit staatlicher Sicherheitspraxis systematisch verknüpft. Beratende der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit bieten authentische sowie niedrigschwellige Zugänge und bauen stabile Arbeitsbeziehungen zu Klient*innen auf. Sicherheitsbehörden sorgen für rechtsstaatliche Maßnahmen, Gefährdungseinschätzung und Zugang zu gefahrenrelevanten Personen. Die enge Zusammenarbeit ermöglicht frühzeitige Erkennung von Risiken, gezielte Interventionen und nachhaltige Ausstiege – wodurch langfristig Straftaten verhindert, soziale (Re-)Integration ermöglicht und gesellschaftliche Ressourcen effizient eingesetzt werden.

Das vorliegende Policy Paper plädiert für den Erhalt und weiteren Ausbau von Kooperationsstrukturen zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit. Es verdeutlicht die Chancen kooperativer Ansätze, benennt Gelingensbedingungen für eine funktionierende Zusammenarbeit und formuliert Handlungsempfehlungen für Präventionsakteur*innen und politische Entscheidungsträger*innen.

Insbesondere bei der Arbeit mit nicht intrinsisch motivierten, gefahrenrelevanten Extremist*innen gilt es, auf bereits bestehenden erfolgreichen Multi-Agency-Formaten und Verfahrenswegen aufzubauen und tragfähige Strukturen zu transferieren.

2. Aktuelle Entwicklungen und Zahlen

Die Themenfelder und Phänomene der Extremismusprävention unterliegen einem kontinuierlichen Wandel und stellen die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit immer wieder vor neue Herausforderungen. So ist aktuell eine zunehmende Fragmentierung innerhalb extremistischer Szenen zu beobachten: Neue Allianzen und Netzwerke entstehen, häufig über ideologische Grenzen hinweg.

Zugleich weist der Berliner Verfassungsschutzbericht 2024 auf die Entstehung einer neuen rechtsextremen Jugendkultur hin, die sich u. a. aus digitalen Netzwerken speist, ein hohes Gewaltpotenzial aufweist und deutlich offensiver auftritt (Berliner Verfassungsschutz 2025). Dies spiegelt sich auch in der bundesweiten Zahl rechtsextremer Straftaten von Menschen unter 24 Jahren wider, die sich zwischen 2020 und 2024 verdoppelte (Die Zeit 2025).

Die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremist*innen in Deutschland steigt seit Jahren und mit ihr die politisch motivierten Straf- und Gewalttaten von rechts – im Jahr 2024 um 47,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Anzahl der als besonders gefährlich eingestuften Rechtsextremist*innen ist auffällig hoch und konkrete Handlungen sind vermehrt dokumentiert: 2024 wurden 1.281 Gewalttaten erfasst, davon sechs versuchte Tötungsdelikte. Das rechtsextremistische Personenpotenzial liegt laut Verfassungsschutz bei 50.250 Personen. Rund 15.300 Rechtsextremist*innen leben aktuell in Deutschland, die bereit sind, Gewalt anzuwenden, um ihre politischen Ziele zu erreichen (Bundesministerium des Inneren 2025: 26). Hinzu kommt der wachsende gesellschaftspolitische Einfluss rechtsextremer Akteur*innen.

Dabei ist die Szene generationenübergreifend: Festnahmen z. B. im Umfeld der rechtsterroristischen Gruppierung „Letzte Verteidigungswelle“ zeigen, dass zunehmend auch Minderjährige involviert sind. Zugleich verschiebt sich die Altersstruktur der Tatverdächtigen auch in den Erwachsenenbereich (vgl.

Kohlstruck et al. 2020). Klassische Präventionsangebote – etwa in Schule oder Jugendhilfe – greifen hier nicht. Auch reguläre Beratungsstellen der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung werden von Personen mit geschlossenem rechtsextremem Weltbild kaum in Anspruch genommen. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich für den Bereich des Islamistischen Extremismus: auch in diesem Phänomenbereich ist die Gefährdungslage weiterhin hoch. Anschläge wie im Mai 2024 in Mannheim mit einem Toten und fünf Verletzten oder im August 2024 in Solingen mit drei Toten und acht Verletzten verdeutlichen die Gefahr, die von islamistischen Extremist*innen ausgeht. Anschläge werden dabei vermehrt von jungen, allein handelnden Täter*innen geplant und durchgeführt. So warnt der Verfassungsschutz insbesondere vor der Gefahr durch sich isoliert radikalisierte und handelnde Einzeltäter*innen, die mit leicht verfügbaren Alltagsgegenständen Anschläge verüben können (Bundesministerium des Inneren 2025: 202). Das gesamte Personenpotenzial im Bereich Islamismus/islamistischer Terrorismus liegt bei 28.280 Personen, was einen leichten Anstieg zum Vorjahr (27.200) bedeutet. Der Verfassungsschutz schätzt, dass von diesen Personen 9540 gewalttätig, gewaltbereit, gewaltunterstützend oder gewaltbefürwortend sind (ebd.: 204). Ein hohes Emotionalisierungs- und Mobilisierungspotenzial birgt laut Verfassungsschutz der Nahostkonflikt. Die Verschärfung der Gefährdungslage in Deutschland im Zuge des Terrorangriffs der islamistischen Hamas gegen Israel am 07. Oktober 2023 und der darauffolgenden Eskalation hält weiter an (ebd.: 4). Zudem zeigt sich, dass Minderjährige eine immer größere Rolle spielen. So konnten in den vergangenen Jahren mehrere Anschlagsvorhaben Minderjähriger verhindert werden (ebd.: 205). Verschiedene Analysen unterstützen diese These: Peter Neumann (2024) verweist unter anderem darauf, dass von 60 dschihadistischen Terrorverdächtigten aus seiner Studie fast zwei Drittel (64 Prozent) zwischen 13 und 19 Jahre alt sind. Bei nahezu allen gab es zudem deutliche Hinweise, dass ihre Radikalisierung hauptsächlich oder sogar ausschließlich online stattfand.

Zunehmende Gewaltbereitschaft, Verschiebungen in Altersstrukturen und eine Fragmentierung der Szene sind phänomenübergreifende Entwicklungen, die die Notwendigkeit für innovative und nachhaltige Ansätze und Verfahrenswege in der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung verdeutlichen. Insbesondere gewaltbereite Personen ohne intrinsische Ausstiegsmotivation – also Menschen, die sich bislang nicht eigeninitiativ von der Szene lösen wollen, stellen die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit vor Herausforderungen. Es bedarf spezifischer Maßnahmen der Ansprache um einen Zugang zu dieser schwer erreichbaren, nicht-ausstiegswilligen Personengruppe zu bekommen und Distanzierungsprozesse anstoßen und nachhaltig begleiten zu können. Zudem gilt es bei der Beratungsarbeit mit gefahrenrelevanten Menschen signifikante Sicherheitsrisiken zu beachten, die sowohl die Beratenden als auch die (potenziellen) Klient*innen selbst betreffen.

Um diese Zielgruppe zu erreichen und ihnen Distanzierungs- und Ausstiegsprozesse zu ermöglichen, ist eine enge, strukturierte Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Trägern und Sicherheitsbehörden unerlässlich, die sicherheitsbehördliche Erfassung, rechtsstaatliche Maßnahmen sowie pädagogische Intervention konstruktiv miteinander verschränkt.

3. Tertiärprävention in Deutschland

In Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten eine hochqualifizierte und spezialisierte Präventionslandschaft entwickelt, die international einzigartig ist. Im Bereich der Tertiärprävention arbeiten verschiedene Akteur*innen gemeinsam an den Zielen, extremistische (Gewalt-)Straftaten und terroristische Handlungen zu verhindern und eine Abkehr von extremistischen Denk- und Handlungsweisen zu bewirken.

In vielen Ländern obliegt die Organisation der Präventionsarbeit nach wie vor staatlichen Akteur*innen, auch wenn die Bedeutung der Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in der Distanzierungsarbeit auf internationaler Ebene zunehmend erkannt und stärkere zivilgesellschaftliche Strukturen, ähnlich wie in Deutschland, aktiv eingefordert werden (Papp et al.

2022: 33). Die ersten zivilgesellschaftlichen Ausstiegsprogramme entwickelten sich in den 1990er Jahren in Skandinavien als Reaktion auf ein Erstarren rechtsextremer Gruppen und Organisationen unter Jugendlichen (ebd.: 7f.). Auch in Deutschland entstanden die ersten NGOs im Bereich der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit in diesem Kontext¹ (ebd.: 8f.). Der vergleichsweise starke Fokus auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen bei der Umsetzung der Präventionsarbeit kann unter anderem in Zusammenhang mit der deutschen Geschichte gesehen werden. So spielen Konsequenzen, die aus der deutschen Erfahrung mit Autoritarismus und Totalitarismus gezogen wurden und ein besonderes Bewusstsein dafür, dass der Umgang mit extremistischen Einstellungen und die Einschränkung der freien Meinungsäußerung ein hohes Maß an Sensibilität erfordern, eine Rolle (von Berg 2024: 84; Baaken et al. 2020: 8). In Deutschland zeigt sich insgesamt eine besonders breit ausgebaute regionale Struktur, die von methodischer und institutioneller Vielfalt geprägt ist (ebd.). Gerade auch die Arbeit im Haftkontext in Deutschland ist einzigartig und integriert sowohl die sozialarbeiterischen/pädagogischen Ansätze und Perspektive zivilgesellschaftlicher Akteur*innen als auch die sicherheitszentrierte Perspektive staatlicher Akteur*innen.

3.1. Chancen kooperativer Ansätze

Entsprechend ihres gesellschaftlichen Schutzauftrags sind Polizei- und Sicherheitsbehörden auf die gesamtgesellschaftliche Sicherheit fokussiert. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit begleiten Klient*innen dabei, menschenverachtende Denk- und Handlungsweisen zu überwinden und ein eigenverantwortliches Leben zu führen, mit dem Ziel, (wieder) Teil des demokratischen Gemeinwesens zu werden. Diese unterschiedlichen Perspektiven und Aufgaben sind mitunter herausfordernd für die Zusammenarbeit, ermöglichen jedoch durch die Kombination der verschiedenen sich daraus ergebenden Ressourcen und Kompetenzen Chancen einer gesamtheitlichen und nachhaltigen Fallbearbeitung (vgl. von Berg et al. 2022: 16). Insbesondere bei der Arbeit mit nicht-intrinsisch motivierten Menschen braucht es Kooperationsstrukturen. Schließlich gelingt es einzelnen Akteur*innen selten allein, eine passende und nachhaltige Intervention zu

gestalten. Zivilgesellschaftlichen Trägern fehlt oft der Zugang zu nicht intrinsisch motivierten Menschen mit einem geschlossenen extremen Weltbild. Gleichzeitig können Sicherheitsbehörden bislang nur durch ‚Gefährderansprachen‘ intervenieren – sicherheitsbehördliche Beobachtung oder strafrechtliche Verfolgung haben jedoch ohne pädagogische Intervention und Begleitung keine langfristige Distanzierung von extremen Szenebezügen und Ideologien zur Folge.

Demnach profitieren sicherheitspolitische Strategien von einer engen Zusammenarbeit zwischen Behörden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, insbesondere aufgrund der folgenden vier Aspekte.

3.2. Informationsgewinn durch Kooperation

Eine wirksame Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit setzt ein möglichst vollständiges Bild der jeweiligen Szene voraus. Einzelne Akteur*innen – ob staatlich oder zivilgesellschaftlich – können dieses Gesamtbild allein nicht erschließen. Erst die systematische Kooperation verschiedener Institutionen erlaubt eine differenzierte Einschätzung von Gefährdungslagen und individuellen Bedarfen.

Zivilgesellschaftliche Träger verfügen z. B. über wertvolle Kenntnisse zu lokalen Milieus, Szenecodes und sozialen Dynamiken. Die Beratenden nutzen zudem Tools sozialpädagogischer Diagnostik, ein spezifisches Bedrohungsmanagement und weitere Methoden zur Einschätzung sicherheitsrelevanter Details. Allerdings sind nicht-staatliche Akteur*innen von der Informationsqualität der Klient*innen (bzw. deren sozialem Umfeld) abhängig. Unter Umständen bleiben sicherheitsrelevante Details in der Beratungsarbeit unerkannt. Staatliche Akteur*innen hingegen haben Zugang zu Informationen, die über verschiedene Wege gesammelt und ausgewertet werden können und die besonders für die Gefährdungseinschätzung und die Vermeidung von Straftaten bedeutend sind (ebd.: 17). Staatliche Interventionsstrategien greifen jedoch häufig erst dann, wenn bereits deutliche Warnsignale bei gefahrenrelevanten Personen vorliegen. Kooperative Ansätze hingegen vermeiden Parallelstrukturen, bündeln Expertise

und ermöglichen es, Versorgungslücken frühzeitig zu erkennen und zu schließen. Auf diese Weise entsteht ein integriertes Lagebild, das verantwortungsvolle und zielgerichtete Entscheidungen im Sinne der individuellen und öffentlichen Sicherheit unterstützt.

3.3. Regelmäßige gemeinsame Fallarbeit und Nachhaltigkeit

Distanzierungs- und Ausstiegsprozesse sind langfristige, schrittweise verlaufende Entwicklungen. Sie erfordern Begleitung, Beziehungsarbeit und kontinuierliche Unterstützung. Während sicherheitsbehördliche Maßnahmen – etwa Gefährderansprachen oder gerichtliche Auflagen – den Zugang zu betroffenen Personen eröffnen können, liegt die nachhaltige Stabilisierung solcher Prozesse häufig im Verantwortungsbereich zivilgesellschaftlicher Fachkräfte. Zugleich stellt das Wissen über mögliche oder bestehende Sanktionen durch Sicherheitsbehörden einen wichtigen Bezugsrahmen für die weitere Ausgestaltung der Distanzierungs- bzw. Ausstiegsberatung dar. Solche Maßnahmen beeinflussen nicht nur die Lebensplanung und Zielarbeit der Klient*innen, sondern fordern auch deren Frustrationstoleranz und Anpassungsfähigkeit heraus.

Die Kombination aus sicherheitsbehördlichen Interventionen und sozialpädagogischer Begleitung kann die Grundlage für eine dauerhafte Loslösung von extremistischen Szenen schaffen. Eine rein institutionelle Sanktionierung führt mitunter zur Verfestigung von Szenezugehörigkeiten, da hierbei internalisierte Feindbilder („staatliche Repression“) bedient werden. Entscheidend ist daher eine lebensgestaltungsorientierte Strategie, die neue soziale Bezüge eröffnet, alternative Perspektiven vermittelt und den Aufbau eines selbstbestimmten Lebensentwurfs fördert. Denn ein Ausstieg aus extremistischen Strukturen ist in der Regel mit dem Verlust sozialer Bindungen, Freundschaften und Zugehörigkeitsgefühle verbunden. Beratungsangebote können hier kompensatorisch wirken, indem sie neue soziale Strukturen aufbauen, Zugehörigkeit stiften und praktische Unterstützung bieten, beispielsweise bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche.

3.4. Authentizität und Vertrauensaufbau

Viele Personen mit extremistischem Weltbild misstrauen staatlichen Institutionen. Zivilgesellschaftliche Organisationen bieten dagegen niedrigschwellige Zugänge – ohne selbst Teil „des staatlichen Systems“ zu sein. Gerade Personen mit einem ausgeprägten Misstrauen gegenüber staatlichen Strukturen zeigen sich ihnen gegenüber offener. Dieser Ansatz wird als authentisches Unterstützungsangebot wahrgenommen und nicht als Kontrollinstanz verstanden. Durch dieses Vertrauen gelingt es, Widerstände abzubauen und Perspektiven zu schaffen.

3.5. Multiprofessionelle Zugänge

Während Sicherheitsbehörden durch Ermittlungsverfahren, Auflagen oder Gefährderansprachen häufig über wertvolle formelle Zugänge zu hochrisikobehafteten Personen verfügen, gelingt es zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, diese Kontakte in belastbare Arbeitsbeziehungen zu überführen. Diese lebensweltnahe Begleitung mindert Rückfallrisiken und unterstützt den Aufbau stabiler Lebensverhältnisse außerhalb extremistischer Szenen, die dem Schutz der Gesellschaft zuträglich sind.

Die multiprofessionellen Teams der zivilgesellschaftlichen Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit, bestehend aus Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und Pädagog*innen, zeichnen sich durch Multireligiosität, Interkulturalität und ein tiefes Verständnis unterschiedlicher Lebenswelten und Problemlagen, insbesondere junger Menschen, aus. Dadurch bieten sie eine glaubwürdige Identifikationsfläche und verfügen mitunter über eine größere gesellschaftliche Legitimation als staatliche Akteur*innen. Ihr ganzheitlicher Ansatz berücksichtigt individuelle Biografien, psychosoziale Belastungen und soziale Umfeldler gleichermaßen. Gleichwohl zeigen sich auch bei den Sicherheitsbehörden in diesem Bereich Entwicklungen hin zu einer stärkeren multiprofessionellen Ausrichtung (ebd.: 19).

4. Gelingensbedingungen einer funktionierenden Zusammenarbeit

Trotz dieser Chancen birgt die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ebenso Herausforderungen. Fehlende Transparenz oder unklare Kommunikationsstrukturen können Misstrauen auf Seiten der Klient*innen hervorrufen. Eine weitere Sorge ist, dass Abhängigkeiten zu einer Einschränkung der Handlungsautonomie der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen führen können und in der Folge Rollenverhältnisse infrage gestellt werden oder sozialarbeiterische/pädagogische Leitziele den sicherheitsorientierten untergeordnet werden müssen (vgl. Schuhmacher 2018; von Berg 2024). Kooperationsstrukturen sollten daher immer kritisch reflektiert werden und einigen Grundvoraussetzungen folgen: Es bedarf verbindlicher Regelungen, die Verantwortlichkeiten, Informationsflüsse und Aspekte des Datenschutzes eindeutig definieren, um die Vorteile zivilgesellschaftlicher Akteur*innen hinsichtlich Authentizität und Vertrauensaufbau nicht zu gefährden. Des Weiteren sollten klare Rollenverständnisse und -grenzen sowie Wissen über und Verständnis für die Arbeitslogiken der jeweiligen Akteur*innen die Zusammenarbeit prägen. Auch wenn sich die Akteur*innen in einem möglichen finanziellen Abhängigkeitsverhältnis befinden, sollte in der Zusammenarbeit Raum für Kritik und Reflexion möglich sein (vgl. von Berg 2024: 88f.).

Nur auf Basis gegenseitiger Verlässlichkeit, Vertrauen und professioneller Kooperation kann ein ethisch tragfähiges und wirksames Handlungsmodell entstehen. Denn um nachhaltige Wirkungen zu erzielen, braucht es abgestimmte, verbindlich verankerte Verfahrenswege.

5. Multi-Agency Ansätze als Erfolgsstrategie

Bereits seit 2014 wird im Phänomenbereich Islamistischer Extremismus die strategische fallbezogene Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Trägern und Sicherheitsbehörden erfolgreich umgesetzt. Violence Prevention

Network erprobte den kooperativen Ansatz zunächst in Hessen und konnte die systematische Kooperation mit Sicherheitsbehörden anschließend in Berlin, Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Sachsen und Thüringen etablieren. Die langjährige gelungene Architektur einer Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden im Bereich Islamistischer Extremismus ist seitdem immer weiter standardisiert und professionalisiert worden und wird trägerübergreifend umgesetzt. Seit Beginn der Beratungsarbeit 2014 hat Violence Prevention Network bis 2024 insgesamt 408 Fälle mit Gefahrenkontext begleitet. Darunter befanden sich 69 Hochrisikopersonen und 61 Rückkehrer*innen aus Kriegsgebieten. Von diesen Fällen sind lediglich zwei Rückfälle dokumentiert, beide im Bereich des Extremismus bzw. der Gewaltkriminalität. Besonders bemerkenswert ist, dass unter den Rückkehrer*innen kein einziger Rückfall verzeichnet wurde. Auch im Justizkontext konnten bei 132 gewalttätigen jungen Menschen, von denen 58 als Hochrisikopersonen galten, nachhaltige Erfolge erzielt werden.

Seit 2019 wird das Multi-Agency Format auch erfolgreich in den Bereich Rechtsextremismus transferiert: Gemeinsam mit Sicherheitsbehörden entwickelte Violence Prevention Network einen innovativen Ansatz zur Distanzierungsarbeit mit nicht intrinsisch motivierten rechtsextremen Personen mit Gewaltpotenzial². Diese Konzeptionsarbeit mündete in dem Projekt *REE! – Kurswechsel für Rechtsextremist*innen*, welches den kooperativen Ansatz seit 2020 erfolgreich umsetzt.

6. Fazit

Distanzierungs- und Ausstiegsprogramme sind ein zentrales Instrument der Extremismusprävention, jedoch kein Allheilmittel. Ihre Wirksamkeit hängt entscheidend von der Qualität der Umsetzung, der Kontinuität der Begleitung und der institutionellen Einbettung in ein kooperatives Netzwerk ab. Diese Zusammenarbeit verbindet staatliche Handlungslogiken mit sozialpädagogischer, psychologischer und interkultureller Expertise. Sie ermöglicht eine umfassende,

realitätsnahe und langfristig tragfähige Präventionsarbeit, die über rein sicherheitsbehördliche Maßnahmen hinausgeht.

Eine nachhaltige und glaubhafte Distanzierung von bzw. ein Ausstieg aus einer extremistischen Szene ist im Zusammenspiel von Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlicher Expertise wirkungsvoller. Beide Perspektiven ergänzen sich: Während der Staat den rechtlichen und sicherheitsbezogenen Rahmen und Zugänge zu der Klientel schafft, ermöglichen zivilgesellschaftliche Träger durch Beziehungsarbeit und Vertrauen langfristige Veränderungsprozesse. Diese Kombination ist ein Kernmerkmal und Erfolgsfaktor des deutschen Modells in der Extremismusprävention, das die Sicherheit unserer Gesellschaft nachhaltig gewährleisten kann.

Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen und Präventionsakteur*innen

1. Institutionelle Verankerung kooperativer Strukturen erhalten und weiter (phänomenübergreifend) ausbauen

Rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen, die eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Trägern ermöglichen und absichern, müssen erhalten bleiben. Wünschenswert ist eine Ausweitung des kooperativen Ansatzes auf alle Bundesländer.

2. Verschiedenen Perspektiven anerkennen und Dialog auf Augenhöhe stärken

Es braucht eine Kultur der gleichberechtigten Sichtweise aller beteiligten Akteur*innen. Beide Perspektiven, Handlungslogiken und Organisationskulturen – die der Sicherheitsbehörden ebenso wie der zivilgesellschaftlichen Träger – haben in der Tertiärprävention ihre Daseinsberechtigung und müssen miteinander im Dialog bleiben.

Um die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen weiter zu stärken, sollten spezialisierte Ansprechstellen innerhalb der Behörden etabliert und ausgebaut werden. Diese fungieren als zentrale Schnittstellen, die sowohl die

strukturierte Sammlung als auch die systematische Auswertung relevanter Informationen ermöglichen.

3. Langfristige Finanzierung sicherstellen

Um Kontinuität, Qualität und Innovation in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit zu gewährleisten, müssen verlässliche Fördermittel für zivilgesellschaftliche Projekte bereitgestellt werden.

4. Fachliche Standards und Qualitätssicherung ernstnehmen

Ansichts aktueller Trends und Entwicklungen ist eine regelmäßige und dynamische Reflexion von Qualitätsstandards und Evaluationsverfahren für Multi-Agency-Formate notwendig, um flexibel zu bleiben und bestehende Verfahren ggf. anzupassen.

5. Wissenstransfer und Vernetzung fördern

Strukturen für den regelmäßigen Austausch und die Vernetzung zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik müssen weiter gestärkt werden.

Literaturverzeichnis

Baaken, Till; Korn, Judy; Ruf, Maximilian; Walkenhorst, Dennis (2020).

Dissecting Deradicalization in Germany – Lessons for Theory and Practice, In: International Journal of Conflict and Violence 14, S. 1-14. Abgerufen

unter: <https://doi.org/10.4119/ijcv-3808> [Stand: 26.10.2025]

Berliner Verfassungsschutz (2025). Verfassungsschutzbericht Berlin 2024.

Berlin: Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz.

Abgerufen

unter: <https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzberichte/verfassungsschutzbericht-2024-pressefassung.pdf> [Stand: 26.10.2025]

Bundesministerium des Inneren (2025). Verfassungsschutzbericht 2024. Berlin:

Bundesministerium des Inneren. Abgerufen unter:

https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/202506-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [Stand: 26.10.2025]

Die Zeit, dpa, vra (2025). Zahl rechtsextremer Straftaten junger Menschen steigt stark an. Abgerufen unter: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2025-10/rechtsextremismus-kriminalitaet-straftaten-wachstum-jugendliche> [Stand: 24.10.2025]

Kohlstruck, Michael; Landmark, Jannik; & Laube, Max (2020). Rechte Gewalt und Prävention. Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 72. Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus.

Neumann, Peter (2024). Die Rückkehr des Terrors. Wie uns der Dschihadismus herausfordert. Berlin: Rowohlt.

Papp, Susanna Z.; Örell, Robert; Meredith, Katharina; Papatheodorou, Katerina; Tadjbakhsh, Shahrbanou; Brecht, Helena (2022). The Role of Civil Society Organisations in Exit Work. Brüssel: Radicalisation Awareness Network. Abgerufen unter: https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2022-07/ran_paper_role_civil_society_organisations_exit_work_052022_en.pdf [Stand: 26.10.2025]

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2020). Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Abgerufen unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf> [Stand: 26.10.2025]

Schuhmacher, Nils (2018). Ein neues Bild der Prävention? Zur Tendenz der „Versicherheitlichung“ im pädagogischen Feld, In: Glaser, Michaela; Frank, Anja; Herding, Maruta (Hrsg.): Gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter: Perspektiven aus Jugendforschung und Jugendhilfe, Sozialmagazin, 2. Sonderband, S. 158–166.

Violence Prevention Network (2024). REE! - Kurswechsel für Rechtsextremist*innen. Bilanz aus vier Jahren Distanzierungsarbeit mit einem nicht-intrinsisch motivierten Personenkreis. Berlin. Abgerufen unter: <https://violence-prevention-network.de/wp-content/uploads/2024/08/REE-Fachpublikation.pdf> [Stand: 13.10.2025]

Von Berg, Annika (2024). Beratung für den Neuanfang. Distanzierungsarbeit zivilgesellschaftlicher Träger in der Tertiärprävention. In: KN:IX: Report 2024, S. 81-90. Abgerufen unter: https://violence-prevention-network.de/wp-content/uploads/2024/11/KNIX_Report_2024.pdf [Stand: 24.10.2025]

Von Berg, Annika; Korn, Judy; Mücke, Thomas; Walkenhorst, Dennis (2022). Herausforderung „Hochrisikopersonen“. Chancen und Grenzen der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden. Violence Prevention Network Schriftenreihe Heft 9. Berlin. Abgerufen unter: <https://violence-prevention-network.de/wp-content/uploads/2023/10/Violence-Prevention-Network-Schriftenreihe-Heft-9.pdf> [Stand: 24.10.2025]

Abschluss

Die im Rahmen von dist[ex] publizierten Policy Papers analysieren verschiedene Aspekte aktueller Herausforderungen im Bereich der Extremismusprävention und Distanzierungsarbeit. Es wird aufgezeigt, dass Radikalisierungsprozesse in diversen Altersgruppen und sozialen Kontexten stattfinden und jeweils spezifische politische, pädagogische und strukturelle Antworten erfordern.

Die Beiträge zeigen auf, dass eine differenzierte, phänomenübergreifende und lebensphasensensible Herangehensweise im Rahmen wirksamer Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit essenziell ist. Es wird betont, dass verlässliche Förderstrukturen, eindeutige Zuständigkeiten und eine kontinuierliche fachliche Weiterentwicklung von essenzieller Bedeutung sind. Der Kooperationsverbund dist[ex] leistet mit diesem Sammelwerk einen Beitrag zur systematischen Reflexion und Weiterentwicklung bestehender Ansätze und offeriert Impulse für Fachpraxis, Forschung und politische Entscheidungsprozesse.

Der dist[ex]-Verbund beabsichtigt, auch in den kommenden Jahren die fachliche Auseinandersetzung mit aktuellen und zukünftigen Herausforderungen fortzuführen. Es ist geplant, dass die einzelnen Träger weitere Policy Papers veröffentlichen, die neue Themenfelder erschließen und bestehende Diskurse vertiefen. Darüber hinaus werden zusätzliche Publikationsformate entwickelt, die sowohl praxisorientierte Handreichungen als auch wissenschaftliche Beiträge umfassen. Das Ziel besteht darin, die Erkenntnisse aus der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit kontinuierlich zugänglich zu machen, den fachlichen Austausch zu fördern und die politische sowie gesellschaftliche Debatte nachhaltig zu unterstützen.

Impressum

Koordinierungsstelle dist[ex]

Violence Prevention Network gGmbH

Alt-Reinickendorf 25

13407 Berlin

Tel.: (030) 917 05 464

Mail: [Link öffnet Email an distex@violence-prevention-network.de](mailto:distex@violence-prevention-network.de)

Ansprechpartnerin: Franziska Kreller

dist[ex] - Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit ist ein Kooperationsverbund von BAG Ausstieg zum Einstieg e. V., Grüner Vogel e. V., Interdisziplinäres Zentrum für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung e. V. (IZRD), Legato/Vereinigung Pestalozzi gGmbH und Violence Prevention Network gGmbH.

dist[eX]

Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur
für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit

Der Kooperationsverbund dist[ex] wird finanziert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und kofinanziert durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die GLS Treuhand und die Kurt und Maria Dohle Stiftung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.